

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



- **Mobilisierung gegen den Krieg Seite 3**
- **Israel vor den Wahlen Seite 8**
- **Köln: Wohnungsprivatisierung gescheitert S. 11**
- **Zurück in die Steinzeit Seite 14**
- **Was will uns der Künstler damit sagen Seite 18**



IN BERLIN

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 , Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

AUSLESE. Die durchschnittliche Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen in der Privatwirtschaft ist von 4 Prozent im Jahre 1991 auf 3,3 Prozent im Jahre 2000 gesunken. Dies geht aus einem Bericht (15/227) über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes hervor, den die Bundesregierung vorgelegt hat. Die Zahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen bei den öffentlichen Arbeitgebern (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung) habe im Berichtsjahr 2000 gegenüber dem Vorjahr unveränderte 5,2 Prozent betragen.

ZIVILMILITÄRISCH. Auf der Internetseite des Marburger Bundes, des Verbandes angestellter Ärzte, findet sich seit Mitte Dezember der Aufsatz des Generaloberstabsarzt Dr. Karl W. Demmer, Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr, mit dem er unter den zivilen Krankenhausärzten für den „neuen Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr“ wirbt. Geändert hat sich die Organisation: statt Sanitätsdienste bei den einzelnen Teilstreitkräften (Heer, Marine, Luftwaffe), gibt es nun einen „eigenständigen, unabhängigen Organisationsbereich“. Nötig sei diese Umgestaltung wegen der geänderten Aufgaben der Bundeswehr geworden. Der Generaloberstabsarzt schreibt: „Ursprünglich wurde der Sanitätsdienst der Bundeswehr für die sanitätsdienstliche Versorgung der Soldaten im Frieden und bei Einsätzen im Rahmen der Landesverteidigung konzipiert. Mit Erweiterung des Aufgabenspektrums der Streitkräfte Deutschlands Anfang der 90er-Jahre wuchsen die Anforderungen an die sanitätsdienstliche Unterstützung qualitativ und quantitativ. Galt es bei den ersten Auslandseinsätzen, beginnend 1960 bei dem Erdbeben in Agadir/Marokko, hauptsächlich Nothilfe zu leisten, so steht heute die medizinische Versorgung militärischer Kontingente im Auslands-einsatz im Vordergrund.“ Im einzelnen reiche das von Lazaretts im Einsatzgebiet über Transporte von Verwundeten und Verunglückten per Flugzeug bis hin zu den Bundeswehrkrankenhäusern in der BRD. Um genügend qualifizierte Sanitätssoldaten (Ärzte, Pflegekräfte usw.) stellen zu können, hält der Inspekteur des Sanitätsdienstes eine „zivilmilitärische Kooperation“ für nötig. „Mit den Bundeswehrkrankenhäusern verfügt die Bundeswehr über Einrichtungen, die als Personalpool für die Einsätze erforderliches Fachpersonal vorhalten, der Versorgung der Soldaten in Deutschland sowie der Anschlussversorgung für Soldaten im Einsatz dienen. Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Bestandteil im Rahmen der In-Übung-Haltung und Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachärzten und medizinischem Assistenzpersonal. Wie bereits ausgeführt, setzen die hohen fachlichen Einsatzanforderungen eine Ausbildung und In-Übung-Haltung des

Fachpersonals voraus, die nur durch ein breites Patienten- und Krankheitenspektrum mit traumatologischem Schwerpunkt in den Bundeswehrkrankenhäusern möglich wird. Aus diesem Grund wird der Zentrale Sanitätsdienst in Zukunft verstärkt mit zivilen Kliniken im Sinne einer zivilmilitärischen Zusammenarbeit kooperieren.“ Bisher sind allerdings Versuche, Verträge zwischen Krankenhäusern und Bundeswehr abzuschließen, auf den Widerstand von Beschäftigten gestoßen.

TELEFONÜBERWACHUNG. Die Universität Bielefeld hat jetzt eine Forschungsarbeit zum Thema „Wirksamkeitsbedingungen von Richter vorbehalt bei Telefonüberwachungen“ vorgelegt. Untersucht wurden Telefonüberwachungen bei vier Staatsanwaltschaften in NRW im Zeitraum vom 1996 bis 1998. Die Ergebnisse sind eher erschreckend. Wir zitieren: „Nach dem Willen des Gesetzgebers soll der Ermittlungsrichter eigenständig prüfen, ob er dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Anordnung einer Telefonüberwachung stattgeben kann und dies in seinem Beschluss dokumentieren. Unsere Untersuchung hat ergeben, dass die Richter diese Kontroll- und Dokumentationspflichten nur unzureichend erfüllen... Danach ist ein richterlicher Beschluss dann vollständig, wenn er drei Kriterien erfüllt: 1. Der Beschluss muss die Katalogtat benennen, deretwegen die Telefonüberwachung angeordnet wird; 2. der Beschluss muss tatsächsachenbezogene Ausführungen enthalten, die im konkreten Fall den Tatverdacht begründen und 3. der Beschluss muss einzelfallspezifische Ausführungen zur der Frage enthalten, ob andere Ermittlungsmaßnahmen aussichtslos oder jedenfalls weniger erfolgversprechend sind (Subsidiaritäts-/Verhältnismäßigkeitsprinzip). Gemessen an diesen gesetzlichen Kriterien war nur knapp ein Viertel der richterlichen Beschlüsse vollständig, in zwei Dritteln der Fälle wurden nur zu einem oder zwei Merkmalen Ausführungen gemacht, und fast 10% der Beschlüsse enthielten nicht ein einziges der geforderte Kriterien ... Folgerungen: Das vom Gesetzgeber mit dem Richter vorbehalt angestrebte Ziel, die Anordnung der Telefonüberwachung durch eine eigenständige richterliche Entscheidung prüfen zu lassen, damit der durch die Maßnahme erfolgte Grundrechtseingriff messbar und kontrollierbar bleibt, hat sich die Rechtspraxis nicht zu eigen gemacht.“ Unter anderem sollen „die richterlichen Beschlüsse verfahrensrechtlich überprüft werden können und im Falle gravierender Fehlerhaftigkeit gegebenenfalls zur Unwertbarkeit der Überwachungsergebnisse führen.“ Die Kurzfassung des Berichts ist im Internet ladbar. Petra Pau (PDS MdB) nahm die Studie zum Anlass, gegen die zunehmende Überwachung zu protestieren.



Mobilisierung gegen den Krieg!

Ende Oktober 1956 verständigen sich auf der Konferenz von Sèvres Großbritannien, Frankreich und Israel auf die Forderung: „Nasser muss weg“. Der Präsident der damals noch jungen ägyptischen Republik hatte, um eine Landreform, die Industrialisierung, den Ausbau der Infrastruktur und des Bildungswesens, den Bau des Assuan-Staudamms sowie den Aufbau der ägyptischen Armee zu finanzieren, den Suez-Kanal verstaatlicht und damit die beiden europäischen Kolonialmächte, Hauptaktionäre der Kanalgesellschaft, herausgefordert. Israelischen Truppen fällt die Aufgabe zu, nach Ägypten einzudringen, Frankreich und Großbritannien fordern ultimativ die Demilitarisierung der Kanalzone und greifen, als Ägypten ablehnt, in den Kampf ein. Militärisch sind die Invasoren haushoch überlegen, Isama’ilya, Port Said und Suez werden weitgehend zerstört, Kairo mit Brandbomben angegriffen. Die ägyptische Armee erleidet hohe Verluste. Doch obwohl militärisch geschlagen, erringt Ägypten einen grandiosen Sieg. Denn kurz vor Weihnachten 1956 ziehen Großbritannien und Frankreich ihre Invasionstruppen zurück. Nicht nur hatte die Sowjetunion gedroht, ihrerseits Truppen zur Unterstützung Ägyptens zu entsenden. Vor allem die USA, die im UN-Sicherheitsrat mit der UdSSR gegen ihre Nato-Verbündeten stimmen, erzwingen durch massiven diplomatischen Druck den Rückzug. Die Suez-Krise markiert das Ende der britisch-französischen Hegemonie im Nahen Osten – und den Beginn der US-amerikanischen.

Natürlich sollten geschichtliche Ver-

gleiche nicht überstrapaziert werden. Im Irak Saddams geht es nicht um antiimperialistische Reformen, keine größere Macht schickt sich an, die USA in der Rolle der Hegemonialmacht abzulösen, und das „sozialistische Lager“ existiert auch nicht mehr. Trotzdem ist die Suez-Krise und ihr Verlauf aufschlussreich. Die Gewissheit drückender militärischer Überlegenheit und imperialistische Hybris hatten die beiden erfahrenen europäischen Mächte zu Fehlerurteilen verleitet und sie die internationale Konstellation aus den Augen verlieren lassen, was sie teuer bezahlten. Und heute?

An der überwältigenden militärischen Überlegenheit der USA kann kein Zweifel bestehen. Es scheint, als könne nichts und niemand die unangefochtene Weltmacht aufhalten. Europa sei zu schwach, Russland auch, von den arabischen Ländern erst gar nicht zu reden, China noch nicht stark genug, so ein Kommentator im ARD-Auslandsjournal (12.1.).

Truppenaufmarsch am Golf

Noch ist nicht entschieden, wie man das in den USA selbst sieht. Der Truppenaufmarsch am Golf wird zu Lande, zu Wasser und in der Luft beschleunigt. Bis Anfang Februar sollen 150.000 Soldaten in der Region bereitstehen, darunter starke Verbände des Marine Corps, denen eine Schlüsselrolle zugeschrieben wird. Gepanzerte Divisionen sind in Marsch gesetzt und verstärken die bereits in Kuwait stehende 3. Infanteriedivision – u.a. begann am 9.1. die Verlegung des 94. Pionierbataillon aus Bayern mitsamt schwe-

rem Gerät. Die Luftwaffe zieht weitere Flugzeugstaffeln zusammen, u.a. wurden in diesen Tagen drei schwere Bomber vom Typ B1-B verlegt. Am 1. Januar begannen Marineeinheiten aus den USA, Israel und der Türkei gemeinsame Truppenübungen im östlichen Mittelmeer. Bisher steht erst eine Flugzeugträger-Kampfgruppe im Golf, eine weitere im Mittelmeer, eine dritte ist von Australien aus unterwegs, zwei weitere sind binnen kurzem marschbereit. Aufschlussreich ist, dass Anfang Januar ein großes Krankenhaus-schiff Richtung Golf ausgelaufen ist. Jetzt wurde bekannt, dass sich hohe US-Befehlshaber zusammen mit ihren Stäben im Januar auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr im Rahmen einer computergestützten Simulationsübung auf den Krieg vorbereiten sollen.¹

Keine Beweise für irakische Massenvernichtungsmittel

Doch trotz des militärischen Aufmarsches scheint die Vorbereitung des Krieges Mitte Januar ins Stocken geraten. Die UN-Waffeninspekteure verweisen in einem Zwischenbericht zwar auf zahlreiche Lücken in der Waffendeklaration der irakischen Regierung, Hunderte Einzelfragen, v.a. nach dem Verbleib von früher bekannt gewordenden Beständen an biologischen Kampfstoffen seien noch offen, haben bisher aber keine Beweise für die Produktion von Massenvernichtungswaffen ausfindig gemacht. Sie verlangen weitere Monate Zeit, bis zu einem Jahr, für weitere Inspektionen.² (Inzwischen bestätigte ihr Leiter Blix, dass der zunächst für den abschließenden Bericht

ins Auge gefasste Termin, der 27.1., nicht das Ende, sondern den Beginn der Inspektionsarbeit bedeute. Mehr als ein weiterer Zwischenbericht sei bis dahin nicht möglich.³⁾

Skeptische Verbündete

Prompt äußerten die verbündeten Konkurrenten der USA wieder lauter ihre Bedenken. „Ohne Beweis wäre es sehr schwierig, einen Krieg zu beginnen“, sagte etwa Solana, EU-Koordinator für Außenpolitik der Zeitung „Le Monde“ (10.1.). „Wenn es ... keine Informationen gibt, die vom Sicherheitsrat als ausreichend angesehen werden, ... würde ich es sehr schwierig finden zu handeln.“⁴⁾ Der französische Staatspräsident Chirac, der gerade noch die Truppen aufgerufen hatte, sich „für alle Eventualitäten“ bereitzuhalten, bekräftigte am 9.1. die grundsätzliche Ablehnung Frankreichs gegen eine Militäraktion. Meinungsumfragen zufolge sprechen sich mehr als 70% der Bevölkerung in Frankreich gegen einen Irak-Krieg aus, in der Türkei sind es sogar um die 90%. Hier bezog jetzt die Armeeführung deutlich Position gegen die Beteiligung des Landes am Krieg. Die türkische Regierung hat nur mit Zögern die Inspektion erwünschter Stützpunkte erlaubt, der Stationierung von US-Soldaten – bis 80.000 wollen die USA in der Türkei aufstellen – bisher aber nicht zugestimmt.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte sich zunächst aus der Affäre ziehen wollen und eine weitere UN-Resolution für unnötig erklärt – das hätte ihr erspart, im Sicherheitsrat Position zu beziehen. Erst relativ spät, am 13.1., erklärte Schröder,



20 000 demonstrierten am 11.1. in Los Angeles gegen einen Irak-Krieg. Am 18.1. findet eine US-weite Antikriegs-Demonstration in Washington statt.

dass er für den Fall, dass der Irak die Resolution 1441 verletze, einen zweiten UN-Beschluss für „vernünftig“ halte und dass man gemeinsam mit den europäischen Partnern darauf hinarbeiten werde. Dass schließlich der Vatikan deutlich wie nie Stellung gegen den Irak-Krieg bezogen hat und einen Kurienkardinal nach Washington und Bagdad schickt, ist als Indiz dafür zu werten, wie ablehnend die öffentliche Weltmeinung einem Irak-Krieg gegenübersteht.

Besonders zu denken geben dürfte der US-Regierung die Entwicklung in Großbritannien. Denn die britische Regierung stand bisher als nahezu einzige unverbrüchlich an der Seite Bushs. Auch jetzt beteiligt sie sich am militärischen Aufmarsch, entsendet wie die USA weitere Kriegsschiffe, Flugzeugstaffeln und Truppen auf den Weg und hat auch mit

der Mobilisierung von Reservisten begonnen. Andererseits melden britische Zeitungen, dass sich die Labour-Regierung um einen mehrmonatigen Aufschub von Kriegshandlungen bemühe. Die dementiert zwar, erklärt zugleich aber und im Gegensatz zu früheren Äußerungen, dass bei der Entscheidung über einen möglichen Krieg der Uno eine zentrale Rolle zukomme, und mahnt die USA öffentlich, besser als bisher Anliegen der Verbündeten in Rücksicht zu nehmen. In der britischen Öffentlichkeit hat die Kritik der vorbehaltlosen Unterstützung der US-amerikanischen Kriegspolitik großen Auftrieb erhalten, sogar Regierungsmitglieder stellen sich offen gegen Blairs Kurs. Der muss befürchten, dass nicht nur jene 30 bis 40 Labour-Abgeordneten, die eine Kriegsbeteiligung generell ablehnen, sondern eine große Gruppe von mehr als 100 Abgeordneten der Regierungspartei und die meisten liberaldemokratischen Abgeordneten sich einem Krieg ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates widersetzen.⁵⁾

Fasst man zusammen, dann ist die Welt sich ziemlich einig, erstens dass es zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen ausreichenden Kriegsgrund für eine Invasion des Irak gibt und dass zweitens die UNO, genauer der UN-Sicherheitsrat feststellen muss, ob und wann ein Kriegsgrund vorliegt.

Kosten eines Alleingangs

Darüber können sich die USA hinwegsetzen, aber nicht ohne schwerwiegende Folgen, die auf sie selbst zurückzuschlagen. Militärisch mögen sie in der Lage sein, Bagdad in Schutt und Asche zu legen und

Krieg ist keine Lösung!

Erklärung des DGB zum Irak-Konflikt

Der Geschäftsführende Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 13. Januar 2003 folgende Erklärung zum Irak-Konflikt verabschiedet:

Der DGB beobachtet mit großer Sorge den militärischen Aufmarsch der USA in der Golf-Region. Obwohl die Waffenkontrollen der Vereinten Nationen bisher keine Anhaltspunkte dafür gefunden haben, dass das Regime Saddam Husseins weiterhin über Massenvernichtungswaffen verfügt, scheint ein Angriff auf den Irak unmittelbar bevorzustehen.

Die internationale Völkergemeinschaft hat das diktatorische Regime Saddam Husseins wiederholt verurteilt und den Irak zur Einhaltung elementarer Menschenrechte aufgefordert. Saddam Hussein ist verantwortlich für die Not der Menschen im Irak und die brutale Verfolgung von Minderheiten und politischen Gegnern.

Wir unterstützen alle friedlichen Mittel, die geeignet sind, die Situation der Menschen im Irak zu verbessern und die dazu beitragen, die Bedrohung in der krisengeschüttelten Region zu beseitigen. Der DGB wendet sich in dieser Situation entschieden dagegen, diese Ziele mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

- Die weltweite Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und mit den Massenvernichtungspotentialen, insbesondere in Händen von Diktaturen, ist Sache der Völkergemeinschaft und nicht eines einzelnen Landes, auch wenn es sich um die derzeit einzige Supermacht handelt. Wenn ein globales Gewaltmonopol als ultima ratio in Anspruch genommen werden muss, dann darf dies nur durch die Vereinten Nationen und nach den Regeln des Völkerrechts geschehen.
- Der DGB hält die internationale Allianz gegen den Terrorismus nach wie vor für unabdingbar. Er sieht ihr Erfolgsrezept jedoch vor allem in der Bekämpfung von Ursachen. Solange in weiten Teilen der Welt Armut und Elend, politische Unterdrückung und

soziale Ausgrenzung zum Alltag der Menschen gehören, wird die Geißel des Terrorismus nicht zu besiegen sein. Neue wirtschaftliche, soziale und Entwicklungspolitische Initiativen sind gefragt, nicht der Rückgriff auf militärische Mittel.

- Der DGB warnt vor den unkalkulierbaren politischen und ökonomischen Risiken, die eine militärische Intervention im Irak mit sich bringt und die zur Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens führen können. Schlimmer noch ist, dass die ohnehin leidgeprüfte irakische Zivilbevölkerung die Hauptlast der kriegerischen Auseinandersetzung zu tragen hätte.
- Der DGB unterstützt die deutsche Bundesregierung in ihrer Haltung, sich nicht an einem neuerlichen Irak-Krieg zu beteiligen und fordert sie auf, diese Position in den kommenden Wochen immer wieder klar und deutlich zu machen. Es müssen alle friedlichen Optionen zur Beilegung des Konfliktes genutzt werden. Es ist die Verantwortung der deutschen Bundesregierung, im UN-Sicherheitsrat für eine friedliche Lösung zu werben.

den Irak durch ihre Truppen besetzen zu lassen und so das Regime Saddam Husseins zu stürzen. Politisch würden sie sich weitestgehend isolieren. Wirtschaftlich könnte ein militärischer Alleingang leicht zum Pyrrhussieg werden: Bemächtigen sich die USA unter Ausschluss ihrer Konkurrenz gewaltsam des Erdölmönopols, indem sie den Irak, das Territorium mit den zweitgrößten bekannten Erdölressourcen, besetzen, dann untergraben sie den Weltmarkt und Welthandel, auf dem ihre Wirtschaftsmacht nicht zuletzt beruht. Die Zerstörung des Völkerrechts würde einen gewaltigen Schritt in Richtung Barbarei bedeuten, denn sie würde die Regeln vernichten, die die Menschheit im Ergebnis jahrhundertelanger Kämpfe und Kriege entwickelt hat – so dürfzig und unzureichend sie auch sein mögen –, um ihre Konflikte einzudämmen.

Bisher lassen die USA offen, ob sie, wie zunächst angekündigt, nach dem 27. Januar eine Entscheidung über den Krieg fällen werden oder nicht. Die anhaltenen Differenzen in der politischen und militärischen Führungsriege lassen vermuten, dass die Entscheidung auch keineswegs vorab feststeht. Die Truppenkonzentration am Golf schafft kein Präjudiz. Auch die USA würden es vorziehen, wenn sie ihr Ziel, den Sturz Saddam Husseins, die Eroberung des Irak und die Implantation ihrer neuen Weltordnung im Nahen Osten ohne Krieg, allein durch die Demonstration ihrer militärischen Macht erreichen könnten.

Das alles schafft für die antimilitaristischen und Friedensbewegungen in allen Ländern Raum, den Kampf um die öffentliche Meinung zu forcieren. Denn eines ist auch klar: Ohne Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen den Krieg wird die Bundesregierung – um im Lande zu bleiben – schneller umfallen und von ihrem Nein nicht nur teilweise, sondern gänzlich abrücken, als man nur mit den Augen blinzeln kann.⁶ scc

1 Neue Zürcher Zeitung, 10.1.

2 Laut Deutschlandfunk vom 14.1. teilte der Leiter der UN-Waffenkontrollkommission Blix mit, dass man jetzt anhand von Geheimdienstmaterial der USA gezielter vorgehe und erste Beweise dafür habe, dass der Irak über Produkte verfüge, die für die Produktion von Massenvernichtungsmitteln benötigt werden.

3 www.netzeitung.de, 14.1.

4 Zitiert nach: www.friedensratschlag.de , Chronik eines angekündigten Krieges

5 NZZ, 11.1. Dem „Guardian“ zufolge (10.1.) haben sich zwei Lokführer geweigert, einen Güterzug mit Munition für die britischen Streitkräfte am Golf zu befördern; da sie von ihrer Gewerkschaft unterstützt wurden und überdies die einzigen Lokführer sein sollen, die die fragliche Route der West-Highland-Linie fahren können, sucht das Verteidigungsministerium jetzt nach Möglichkeiten, den Munitionstransport von der Schiene auf die Straße zu verlegen. Quelle: www.friedensratschlag.de

6 Der Aufruf der Friedensbewegung zur Großdemonstration am 15.2. in Berlin findet sich auf der letzten Seite. Auch in anderen Ländern finden an diesem Tag große Antikriegsdemonstrationen statt.

Vor den Landtagswahlen:

Die Strategiediskussion bei den Unionsparteien

Im Vorfeld der Landtagswahlen markieren die Unionsparteien zum Jahresbeginn ihre Positionen. Am „Göttinger Papier“ der CDU sticht vor allem der Schluss ins Auge. Die CDU wirbt mit der Ankündigung, eine Ländermehrheit im Bundesrat für bundespolitische Ziele einsetzen zu wollen.¹ In der Verfassung stehen die Aufgaben dieses Organs allerdings anders. Die CSU hingegen, die sich im Wildbad Kreuth traf, ließ es schon beim Titel des Dokumentes krachen: „Fünf-Punkte-Plan zur Sanierung Deutschlands“.² Beiden Dokumenten gemeinsam ist, dass sie zwar mit Blick auf Landtagswahlen beschlossen wurden, Aussagen zu den Problemen der Länder und Gemeinden aber zurückhalten und in Fragen der Bundespolitik polemisch bleiben.

In der Strategie der Union sind verschiedene Komponenten erkennbar. Nach der Wahlniederlage schwankte besonders die CDU, ob nicht eine Öffnung hin zu Pluralität und Anerkennung von Verschiedenheit der Lebensstile erforderlich sei. Davon scheint man jetzt abgekommen. Beide Unionsparteien versuchen ganz klar, den konservativ-reaktionären Kern ihres Parteivolkes zu bedienen. Das lässt sich an einer Reihe von Punkten zeigen.

Komponenten der Unionsstrategie

Abweisungs-, Eindeutschungs- und Vertreibungskampagne gegen Migration^{3, 4}: Beide Parteien versuchen, die Ausländerfeindlichkeit neu anzufachen. Sie greifen die rechtsextreme Rede von der „Einwanderung in die Sozialsysteme“ auf und fordern unter Missbrauch des Begriffes



der Integration die Eindeutschung. Es ist eine Kampagne zu erwarten, die ihren Aufhänger im Scheitern des Zuzugsgegesetzes vor dem Verfassungsgericht hat, die jedoch eine staatlich/gesellschaftliche kombinierte Abweisungs-, Eindeutschungs- und Vertreibungskampagne im Sinn hat und Rechtsextreme wenigstens als Wähler, wo nicht als Hilfstruppen an die Union binden will.

In Sachen Ehe & Familie ließe sich eine Differenz zwischen CSU und CDU ausmachen. Während die CSU den Schwerpunkt auf die Verteidigung des Ehegatten-Splittings legt und damit die konservative Rollenteilung, die die Frau ins Haus verweist, heraushebt⁵, gibt sich die CDU offener. Sie fordert Infrastruktur für Familien zwecks besserer Verbindung von „Familie und Beruf“. Wenn aber die Grundschulversorgung „mindestens halbtags“ gefordert wird⁶, zeigt sich auf dieser praktischen Ebene Übereinstimmung.

Die Bildung, fordert die CSU, müsse das „deutsche Megathema der Zukunft werden“. Die Schule der Zukunft sieht man als autoritär organisierte Erziehungsanstalt. Eine Schule, die sich darauf spitzt, „Werte und Erziehung (zu) vermitteln“, dann als „ideologiefreie Schule“ zu begreifen, verlangt vom Leser megaviel.⁷ Aber darum geht es nicht, sondern um die Stichworte Autorität! Disziplin! Zuverlässigkeit! Vorsichtiger bringt die CDU denselben Gedanken: Kritik an „wertorientierter Erziehung“ sei „ideologisch“.⁸ An derselben Stelle bezeichnet man unsere Kinder (ziemlich roh) als „Rohstoff“. Die CDU geht dann auf das Leitbild der „lernenden Gesellschaft“ über, eine sympathische Vorstellung, deren Verwirklichung sich die CDU aber in einem System konkurrierender Schulen denkt.⁹ Auf diese Weise ließ sich allerdings eine Modernisierung des Bildungswesens mit reaktionärer sozialer Selektion verbinden, diese geschähe dann schon gleich über Zugang/Auswahl der Schule.

Weniger Staat, starker Staat – kein Widerspruch

Durch solche Positionierungen stärkt die Union ihrer Anhängerschaft den Rücken, sie soll von dem permanenten Orientierungsdruck, der durch die Änderungen der gesellschaftlichen Lebenspraxis entsteht, entlastet werden und die Staatsmacht als Stütze ihrer gefährdeten Lebenswelt wahrnehmen. Das funktioniert aber nur solange und soweit, wie die Autoritäten, der Staat, das große Geld, die gesellschaftlichen Veränderungen

moderieren. Sie handeln dann an Stelle ihrer Gefolgschaft, der sie da und dort über eine traditionalistische Hürde helfen. Daraus entsteht ein Fürsorge- und Treueverhältnis. Mit diesem Funktionsbild allein ist der organisierte Konservatismus aber bei weitem nicht mehrheitsfähig.

Um parlamentarische Mehrheiten zu erlangen, muss die Union Vorstellungen entwickeln, die – wenigstens auf ausgewählten Themenfeldern – für die weniger autoritätsgläubigen Bürgerinnen und Bürger interessant sind. So will die CDU die „Staatsgläubigkeit entrümpeln“¹⁰, und die CDU geht hier mit¹¹. Alles in allem erweckt man den Anschein, es geht um eine Eindämmung des Staatswesens. Das ist aber nicht zutreffend. Die Union will die Staatskompetenz in allen Fragen der Ordnungspolitik und der Wirtschaftsförderung ausbauen. So wird in der hier schon oft zitierten CDU-Erklärung ein Staat gefordert, der „stark genug ist, seine Bürger umfassend und wirkungsvoll zu schützen“, und die „Bündnisfähigkeit Deutschlands sicherstellt“. Damit ist eine nach oben offene Skala der staatlichen Gewaltmittel und -kompetenzen angelegt. Darum geht es bei der Wendung der Union gegen den Staat also nicht.

Hinter den wuchernden Floskeln verbirgt sich die Absicht, die Staatstätigkeit im Punkt der Bereitstellung öffentlicher Güter grundlegend zu entlasten. Das ist praktisch bedeutsam, hier geht es um das Geld der Privaten, und der Kampf um das private Geld sichert Lebenschancen der Begüterten auch in schweren Zeiten und ohne Rücksicht auf zunehmende Armut. Das ist aber auch ideologisch wichtig. Es betrifft die viel berufene „Verantwortung“ der Staatsleute. Sehen die Bürger und Steuerzahler den Staat vordergründig als Anbieter öffentlicher Güter, und Einrichtungen, dann sehen sie die Staatsorganisation nicht als Herrn und Autorität, sondern als Dienstleister und Anbieter. Sie neigen dazu, das Dienstleistungsangebot zu bekritteln, statt vor den Inhabern des staatlichen Gewaltmonopols in Ehrfurcht zu erstarren.

Wenn nun auch klar ist, dass sich bei der realen Tätigkeit eines modernen Staatswesens in Bund, Ländern und Gemeinden gar nichts schnell ändert, so handelt es sich trotzdem nicht um bloße Geräusche, sondern um eine langfristige Propaganda mit Aussicht auf praktische Folgen.

Der Staat der Bundesrepublik hat in der Rekonstruktionsphase nach dem Zweiten Weltkrieg eine Reihe von Aufgaben an sich gezogen, die auch anders gewährleistet werden können. Damit verbunden waren stillschweigende, aber in der öffentlichen Meinung gleichwohl verankerte mächtige Garantien. Die staatliche Einmischung in die Sozialversicherungen setzte eine Art Gewährleistungsversprechen der Vollbeschäftigung, einen Schutzanspruch vor Obdachlosig-

keit, unversorger Krankheit, Altersehrend. Wahl für Wahl fordern die Bürgerinnen und Bürger derartige Versprechen vom Staat ein. Diese Last abzuschmeißen ist eine verlockende Zukunftsidee. Sie lässt sich mit dem Streben der Bürgerinnen und Bürger, von staatlicher Bevormundung möglichst frei zu bleiben, verwirkeln.

Die Union hat es mit diesem Projekt aus zwei Gründen nicht leicht.

Da sind einmal die Wohlfahrtsvorstellungen, die bei den Kirchen verankert sind. Diese Hürde ist jedoch nicht unüberwindlich. Da die entsprechenden Umgestaltungen in kleinen Schritten vorgenommen werden, tritt ein Gewöhnungseffekt ein, außerdem werden die Kirchen und Gläubigen auf das Propaganda- und Tätigkeitsfeld der Mildtätigkeit oder, umfassender, des sozialen Engagements verwiesen, auf dem sie Ansehen gewinnen und Mitglieder sammeln können, und zwar um so mehr, je brutaler die Ordnung der Wirtschaft Menschen in die Armut stößt und die Rechtsordnung sie ohne Anspruch auf Hilfe bloßstellt.

Und da ist zum anderen die Gewerkschaftsbewegung, die von den Unternehmen und der Öffentlichkeit jene Güter einfordert, die Lohnabhängigen ein menschenwürdige Leben ermöglichen. Hier gibt es keinen weichen Ausweg, hier hilft nur Konfrontation. Die CDU macht da den Vorreiter. Sie denunziert die gewerkschaftlichen formulierten Interessen als gegen das Allgemeinwohl gerichtete Partikularinteressen.¹²

Die Chance der Konservativen bei dem schmutzigen Geschäft, Menschenwürde und materielle Daseinsbedingungen zu trennen, liegt darin, dass überzeugende linke Konzepte einer Reform des Sozialversicherungswesens fehlen. Das fängt schon bei den Grundlagen an. Es ist in der linken Programmdiskussion durchaus unklar, was vom Staat zu fordern und zu erwarten ist, was besser als Versicherung auf Gegenseitigkeit organisiert würde und schließlich auch, was nicht gewährleistet, nicht versichert, sondern durch Kauf erworben wird. So ist z.B. im Gesundheitswesen nicht klar, welcher Anteil und welche Aufgaben als Staatsaufgaben, die durch die Öffentlichkeit gewährleistet und durch die Steuer finanziert werden muss, zu verstehen, was als personenbezogene Versicherungsleistung zu tragen ist und was aus der persönlichen Börse.

Weil diese Sphären nicht voneinander abgegrenzt bzw. ihre Grenzen im Fluss sind, unterminiert die Diskussion zwei wichtige Punkte: Die Beziehung zwischen Emanzipation und Menschenwürde auf der einen und Güter- und Dienstleistungsversorgung auf der anderen Seite. Zweitens soll nicht mehr gelten, dass bei Unterversorgung, die durch Marktversagen hervorgerufen wird, die staatliche Gemeinschaft, Gemeinden, Länder, Bund eintreten müssen und die

besteuerbaren Bürger „nach dem Leistungsvermögen“ gefordert sind.

So ist es möglich, dass reaktionäre, autoritäre, gewaltbereite Staatspolitik im Winde des in der Gesellschaft weit verbreiteten Strebens nach Emanzipation und Selbstbestimmung segeln kann. Möglich heißt aber nicht notwendig. *maf*

- 1 www.cdu.de, „Göttinger Erklärung der CDU Deutschlands – Kurswechsel für Deutschland“, Schlussatz: „Mit zwei Siegen bei den anstehenden Wahlen wollen wir die Auseinandersetzung mit der SPD um den richtigen Kurs für Deutschland gestärkt fortsetzen. Insofern sind die Landtagswahlen auch eine Volksabstimmung für eine politische Umkehr in Berlin. Die Menschen in Hessen und Niedersachsen haben die Möglichkeit, die CDU bei ihrem Kampf für einen Kurswechsel für Deutschland zu unterstützen.“
- 2 www.csu.de „Fünf-Punkte-Plan zur Sanierung Deutschlands“.
- 3 www.csu.de Pressemitteilung 9.1.03 „CSU will Zuzug begrenzen und Asylmissbrauch stoppen“ Während sich die Zahl der Ausländer seit 1972 verdoppelt habe, sei die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer zurückgegangen. Ihre Arbeitslosenquote liege doppelt so hoch wie der Durchschnitt, die Quote der Sozialhilfeempfänger sogar dreimal so hoch. „Diese Zahlen bestätigen: Eine weitere Zuwanderung ist unverantwortlich“, erklärte der CSU-Politiker. Die Integration der rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländer müsse verstärkt werden, „Sprachkenntnisse seien unabdingbar“.
- 4 www.cdu.de, „Göttinger Erklärung der CDU Deutschlands – Kurswechsel für Deutschland“, „Die Zuwanderung in die Sozialsysteme muss reduziert werden. Dem Missbrauch des Asylrechts ist konsequent entgegenzuwirken. ?Zuwanderung kann es nur für Fachkräfte geben, die am deutschen Arbeitsmarkt nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Integration der hier lebenden Ausländer hat Vorrang vor weiterer Zuwanderung. Das neue Gesetz muss diese Integration fördern und fordern.“
- 5 www.csu.de „Zukunftsland Bayern“, Beschluss vom 67. Parteitag der CSU am 22./23. November 2002 in München, „5. Familie verteidigen. Rot-Grün legt die Axt an Ehe und Familie als den Lebensformen, die Fortbestand und Zusammenhalt unserer Gesellschaft sichern. Das Wort „Ehe“ erscheint nicht einmal im Koalitionsvertrag. Die Diskussion um die Abschaffung des steuerlichen Ehegattensplittings zeigt die Ignoranz gegenüber der Ehe als der rechtlich anerkannten ursprünglichen Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Mann und Frau.“
- 6 www.cdu.de „Göttinger Erklärung der CDU Deutschlands – Kurswechsel für Deutschland“. „Wir treten ein für eine deutliche Verbesserung der Infrastruktur für Familien, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, damit Eltern Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Alle Grundschüler sollen mindestens halbtägig an ihrer Schule bleiben können, auch bei Unterrichtsausfall. Neben Betreuungsangeboten an Schulen unterstützt die CDU auch andere Formen der Betreuung, z.B. Krippenplätze, Spielgruppen, Elterninitiativen, Tagesmütter sowie Kindergärten und Horte freier Träger mit flexiblen Öffnungszeiten. Wenn Kinderbetreuung mehr sein soll als uniforme Kinderverwahrung, brauchen wir ein reichhaltiges Angebot vielfältiger pädagogischer Konzepte.“

7 www.csu.de „*Fünf-Punkte-Plan zur Sanierung Deutschlands*“. Hervorhebung wie im Original: „Der nationale Ländervergleich der PISA-Studie hat erhebliche Unterschiede zwischen langjährigen Unions- und SPD geführten Ländern gezeigt. **Bildungspolitik scheitert dort, wo Qualität und Leistung vernachlässigt werden.** Deshalb brauchen wir klare **Leistungs- und Qualitätsstandards** für alle Schulen in Deutschland auf hohem internationalen Niveau. Die Schulen sollen nicht nur Wissen, sondern auch Werte und Erziehung vermitteln. **Disziplin und Zuverlässigkeit** sollen wieder gelehrt, die **Autorität der Lehrer gestärkt** werden. Wir brauchen eine **ideologiefreie Schule**, die sich der individuellen Förderung der Schüler verschreibt und daher auch Leistung fordert.“

8 www.cdu.de „*Göttinger Erklärung der CDU Deutschland – Kurswechsel für Deutschland*“: „Die Intelligenz unserer Kinder und die gute Ausbildung der Arbeitnehmer sind der einzige Rohstoff, über den wir in Deutschland verfügen. Nach verschiedenen Studien gibt es erhebliche Unterschiede in den einzelnen Bundesländern. Es zeigt sich, dass in unionsregierten Ländern die Schülerinnen und Schüler deutlich besser abschneiden. Deshalb müssen wir unser Bildungssystem so weiterentwickeln, dass es auf allen Ebenen höchste Qualität in Europa bietet. Wir wenden uns gegen jeden Versuch aus ideologischen Gründen, Leistung und eine wertorientierte Erziehung zu diffamieren.“

9 a.o. Die CDU tritt ein für mehr Wettbewerb und Leistungsvergleich zwischen den Schulen aller Schulformen. Sie sollen ein jeweils eigenes Profil ausbilden können, indem ihnen die Budget-, Personal- und Organisationshoheit übertragen wird. Ganztagsangebote und Ganztagschulen sollen schrittweise und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

10 www.csu.de „*Fünf-Punkte-Plan zur Sanierung Deutschlands*“. 4. **Weniger Staat und mehr Freiheit. / Alle Gesetze und Vorschriften in Deutschland gehören auf den Prüfstand.** Auch für Deutschland gilt, was führende Unternehmensberater als Richtschnur für viele schlecht geführte Unternehmen vorgeben: Allein durch eine Reduzierung der Bestimmungen lassen sich mindestens zehn bis 20 Prozent der Kosten einsparen und die Verfahren verbessern und beschleunigen. / Es geht aber nicht nur um die Zahl der Gesetze und Vorschriften. Es geht um eine **Entrümplung der deutschen Staatsgläubigkeit**. Für mehr Freiheit und für mehr Eigeninitiative brauchen wir weniger Kontrolle. Ein Staat, der bei den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck erweckt, er könne in allen Lebenslagen die notwendige Vorsorge treffen, ist nicht finanziert, überfordert sich und entmündigt die Bürger. / Vor allen Dingen für **Selbständige, Existenzgründer und Mittelstand müssen Belastungen und Überregulierung abgebaut werden.**

11 Das Grundübel dieser Bundesregierung ist der sozialistische Denkansatz, dass der Staat alles besser kann und dem Einzelnen nichts zugetraut wird. Mit dem Satz des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag „weniger für den privaten Konsum – und dem Staat Geld geben“ wird die große Unterscheidungslinie zwischen SPD auf der einen und der Union auf der anderen Seite überdeutlich. Wer Problemlösungen mit dieser Sichtweise angeht, kann die Probleme nicht lösen und wird zwangsläufig scheitern.

12 **Die Reform der sozialen Sicherungssysteme** droht schon jetzt unter die Räder der Bremer in der SPD und den Gewerkschaften zu kommen, bei denen Partikularinteressen immer noch vor dem Allgemeinwohl stehen.

„Blauer Brief“ aus Brüssel für Eichel

Bis zum 21. Mai 2003 muss die Bundesregierung einen Plan zur Verringerung der staatlichen Neuverschuldung unter die im EU-Stabilitätspakt vereinbarte Grenze von 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts noch in diesem Jahr vorlegen. Andernfalls werden hohe Bußgelder fällig. 2002 hatte die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden bei fast 3,8 Prozent gelegen. Damit wurde der im Stabilitätspakt der EU vorgesehene Sanktionsmechanismus zur Korrektur solcher Defizite ausgelöst.

Am 8. Januar stellte EU-Kommissar Pedro Solbes in Brüssel seine Forderungen vor und verteidigte zugleich den Stabilitätspakt. Die 3-Prozent-Grenze für Neuverschuldung müsse „unangestastet“ bleiben. Für konjunkturelle Maßnahmen bleibe bei einem ausgewogenem Haushalt genügend Spielraum.

Von der deutschen Politik verlangte der EU-Kommissar eine „erfolgreiche Reform des Arbeitsmarktes, neue Reformen im Sozialversicherungsbereich und die Verringerung der staatlichen Belastung der Wirtschaft“. Auch seien die Wachstumsannahmen der Bundesregierung für 2003 sehr „optimistisch“.

Auch die französische Regierung wurde von Solbes warnt. Wenn sie nicht energische Maßnahmen ergreife, drohe in Frankreich 2003 ebenfalls ein Überschreiten der 3-Prozent-Grenze. Auch die italienische Regierung unternehme zu wenig zum Abbau der Gesamtverschuldung. Jahr für Jahr verschuldet sie sich sogar weiter, statt Schulden abzubauen. Der Stabilitätspakt setzt eine Obergrenze für alle staatlichen Schulden von 60 Prozent des BIP. In Italien liegen die Gesamtschulden dagegen schon lange weit über 100 Prozent des BIP. Die gleiche Kritik richtete Solbes auch an die griechische Regierung. Selbst mit Finnland und Schweden – beide Länder erzielen Budgetüberschüsse – ist Solbes unzufrieden. Das Tempo des Schuldenabbaus lasse nach, rügte er.

Ende November hatte die EU-Kommission ihre Vorstellungen zur Einhaltung des Stabilitätspakts angesichts zunehmender Kritik in einem Bericht an das EU-Parlament verteidigt (KOM (2002) 668 vom 27.11.2002). Ständig wachsende Staatsschulden seien vor der Währungsunion ein Fehler aller EU-Staaten gewesen. Hohe Staatsschulden belasteten die gesamte Gesellschaft und bremsten das wirtschaftliche Wachstum. Wenn große Teile der staatlichen Einnahmen für den Schuldendienst benötigt würden, bestünde zudem weder Spielraum für Steuersenkungen noch für neue öffentliche Investitionen. Deshalb sei ein

Abbau der Staatsschulden unverzichtbar.

Auch aus demografischen Gründen müssten einige Mitgliedsländer „sich bemühen, in den nächsten zehn Jahren Haushaltssüberschüsse zu erzielen, denn es bleibt nicht viel Zeit, bevor die finanzpolitischen Auswirkungen der alternden Gesellschaft spürbar werden.“

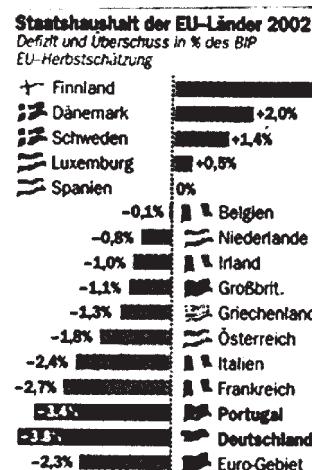
Am 21. Januar müssen die EU-Finanzminister den Forderungen der EU-Kommission zustimmen. Dann beginnt für Eichel die Frist zu laufen.

Konservative, Liberale und die Wirtschaft haben sofort damit begonnen, die Drucksituation, die damit für die Bundesregierung entsteht, zu nutzen. Sie wollen Steueranhebungen für Besserverdienende verhindern und stattdessen einen weiteren Abbau sozialer Leistungen. Um das zu erreichen, bot der Steuerexperte Peffekoven der Bundesregierung am 9. Januar in der „Welt“ einen „nationalen Stabilitätspakt“ an. Bisher gibt es zwischen den Finanzministern von Bund und Ländern nur eine Vereinbarung, dass Länder und Gemeinden 55 Prozent der Schulden machen dürfen, der Bund 45

Prozent, und dass Länder und Gemeinden 2003 und 2004 ihre Ausgaben um ein Prozent erhöhen, der Bund dagegen seine Ausgaben um je ein halbes Prozent senken soll. Angesichts der schwachen Konjunktur und wegbrechender Steuereinnahmen – vor allem bei der Körperschafts- und Ge-

werbesteuer – reichen diese Vereinbarungen aber nicht. Außerdem liegt ein beträchtlicher Teil von Eichels „Sparpaket“ noch im Bundesrat. Bei vielen Fragen, wie z.B. der Anhebung der Dienstwagensteuer, gibt es weiter Streit. Sollten der Bundesrat Eichels Paket blockieren, hat dieser deshalb gedroht, die Länder müssten dann 55 Prozent eines Bußgeldes aus Brüssel bezahlen. Krach gibt's also ohnehin.

Der „blaue Brief“ aus Brüssel könnte so der Auftakt sein für noch größere Auseinandersetzungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden werden. Eichel, aber auch viele Länderfinanzminister, werden eine weitere Zentralisierung der Budgets zu Lasten der Städte und Gemeinden und weiteren Sozialabbau versuchen. Linke dagegen sollten die Städte und Kommunen unterstützen und die Aufrechterhaltung sozialer Leistungen, aber auch mehr kommunale Investitionen verlangen. Die Gewerkschaft ver.di hat den Städten und Gemeinden bereits ihre Unterstützung zugesagt. rül



Politischer Kurswechsel nicht in Sicht

Vor kurzem noch schien der Sieg der rechten Likud-Partei bei den Knesset-Wahlen – sie finden am 28. Januar statt – unauflöslich. Inzwischen jedoch ist der Ausgang wieder offen. Statt 40 bis 45 Sitzen, wie noch im November prognostiziert, kommt Likud nach derzeitigem Stand in den Meinungsumfragen nur noch auf 27 der insgesamt 120 Sitze.

Ursache sind zum einen und wohl hauptsächlich zwei Skandale, in die die Likud-Partei bzw. Sharon verstrickt sind: Zunächst war ein Besteckungsskandal bei den parteiinternen Wahlen zur Nominierung der Kandidaten aufgetreten, dann nahm die Staatsanwaltschaft gegen Sharon und zwei Söhne Ermittlungen auf wegen illegaler Finanzierung des Wahlkampfes 1999.

Zum anderen ist der Versuch gescheitert, zwei arabische Knesseth-Mitglieder, Ahmed Tibi, ein früherer Berater von Arafat, und Azmi Bishara, von der Teilnahme an der Wahl auszuschließen. Der Oberste Gerichtshof urteilte am 9.1. in der nur ganz besonders wichtigen Fällen vorbehaltene Besetzung von elf Richtern, dass die beiden Abgeordneten sowie die Partei von Bishara, Balad, bei den Wahlen kandidieren können.

Dass das Wahlkomitee überhaupt den Antrag auf ihren Ausschluss von den Wahlen stellte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die politische Entwicklung in Israel. Bishara, dem bereits vor einem Jahr die parlamentarische Immunität entzogen worden war, erklärte vor dem Gerichtsentscheid in einem Interview mit der Schweizer Wochenzeitung WoZ: „Die Anklage stößt sich an unserem Parteiprogramm und seinem Projekt von Israel als ‚Staat aller Bürger‘. Weiter behauptet sie, dass ich mit dem Terrorismus sympathisiere und den bewaffneten Kampf ‚des Feindes‘, von feindseligen Organisationen, unterstütze. (...) Schon seit Jahren versuchen die rechten Parteien, mich aus dem Parlament auszuschließen, und nennen unser Programm ‚die Negation des jüdischen Charakters des Staates‘ – so heißt das in ihrer Sprache.“ Die Vorlage für den Ausschluss hatte ein anonym bleibender Angehöriger des Allgemeinen

Sicherheitsdienstes geliefert, nach eigener Aussage „Chef der Forschungsabteilung des Sektors für israelische Araber“. Uri Avnery, der bekannteste israelische Friedensaktivist, urteilte den Ausschlussantrag nicht nur als Akt gegen die arabischen Bürger, sondern als eine Art Putsch, „der die ganze Struktur des Staates in Mitleidenschaft zieht“.¹ Denn wenn die beiden Balad-Partei ausgeschlossen würde, würden die allermeisten arabischen Israelis – immerhin fast 20% der Bevölkerung Israels – die Wahlen boykottieren; ohne die arabischen Stimmen wäre auf absehbare Zeit jeder Versuch, links von Likud eine Koalition zu bilden, zum Scheitern verurteilt, ja nicht einmal in einer „Einheitsregierung“ könnte die Linke dann noch eine bedeutsame Rolle spielen.

An den arabischen Israelis wird es nun, nachdem das Gericht den Wahlauschluss von Balad zurückgewiesen hat, nicht liegen. Das Problem besteht darin, dass keiner der traditionellen Parlamentsparteien



Israelisch-palästinensische Friedensdemonstration am 24.12. in Bethlehem. Bild: <http://www.taayush.org/>

der Linken eine Linie für die Beendigung des blutigen Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern hat und dass sie zudem der wachsenden Diskriminierung nichtjüdischer Israelis wenig entgegensetzen. Die Arbeiterpartei hat in der Koalition mit Likud den Versuch der militärischen „Lösung“ mitgetragen. In den innerparteilichen Vorwahlen haben sich fast durchweg als „Falken“ bekannte Kandidaten durchgesetzt; dass die Partei eine wirkliche Alternative zu Likud bildet, ist nicht zu erkennen. Hinzu kommt, dass eine relativ neue Partei, Shinui (Wechsel; sie hat sich von der Linkspartei MeReZ gespalten), rasch wachsenden Anhang verzeichnet. Sie reflektiert auf ungefähr dieselbe Wählerbasis wie die Arbeiterpartei, die aschkenasische (europäisch-jüdische) Mittelklasse, und hat sich deutlich gegen eine Koalition ausgesprochen, die arabische Israelis einschließt.¹ Die Krise von Likud, so ist zu befürchten, bietet keine Chancen für einen Kurswechsel der israelischen Politik.

Ein Ende der anhaltenden Eskalation des Bürgerkrieges ist mithin nicht in Sicht.

Dabei hat sich noch nie so deutlich gezeigt, dass Israel diesen Bürgerkrieg bei aller militärischen Überlegenheit ebenso wenig gewinnen kann wie die palästinensische Seite. Es gibt keine Sieger, nur Verlierer. Die Kosten des Krieges zerstörten die israelische Wirtschaft und treiben wachsende Teile der israelischen Bevölkerung in die Armut. Das machen die jüngst veröffentlichten Daten des statistischen Zentralbüros bzw. der Regierung deutlich.

Die israelische Wirtschaft erlebte das schlimmste Jahr seit 1953, noch nie wurden mehr Konkurse verzeichnet als 2002. Das Bruttonsozialprodukt ging wie schon 2001 zurück, diesmal um 1%, pro Kopf gerechnet um 3%. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 10,4%, die Löhne und Gehälter schrumpften um 5%. Der private Verbrauch brach ein, im November verzeichnete der Lebensmitteleinzelhandel einen Rückgang um 15% gegenüber dem Vorjahr. Bei rasant wachsendem Defizit der öffentlichen Haushalte wuchs der Verteidigungs haushalt weiter an, er beträgt jetzt 10,7% der Staatsausgaben. Trotz steigender Arbeitslosenzahlen wurden die Sozialausgaben um 6 Mrd. NIS (über 1,2 Mrd. \$) gekürzt. Folge: Die Regierung rechnet damit, dass 2002/03 1,29 Mio. Israelis, ca. 22% der Bevölkerung, unter der Armutsgrenze leben, darunter fast 31% aller Kinder. Vor allem betroffen sind die Einwanderer aus Äthiopien, die, wenn überhaupt, fast ausschließlich im Niedriglohnbereich

Arbeit finden, und die Beduinen.

Der Knesset-Ausschuss für soziale Gerechtigkeit veröffentlichte kürzlich eine Studie, wonach sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den letzten zehn Jahren um 23% vertieft hat. Dem Bericht zufolge ist die Kluft in keinem anderen Land der westlichen Welt so groß wie in Israel, nicht einmal in den USA. Der Vorsitzende des Ausschusses warnte sogar davor, dass die Kluft das wirtschaftliche Überleben des Landes gefährden könnte. Seine Schlussfolgerungen kennzeichnen das politische Klima im Lande: U.a. verlangte er die Reduzierung der Zahl ausländischer Arbeiter, da diese extrem niedrige Löhne erhalten, was sich wiederum auf das allgemeine Lohnniveau auswirke.²

scc

1 Uri Avnery, Zur Entscheidung des Wahlkomitees: „Nadav“ Putsch in Israel, junge Welt 3.1.03

2 Quellen für alle Angaben sind verschiedene Meldungen unter www.hagalil.com/aktuell/index.htm



Kalifornien: Hunderte Migranten bei Registrierung verhaftet

In San Diego, San Francisco und Los Angeles fanden im Dezember mehrere Demonstrationen und andere Protestaktionen gegen die Inhaftierung Hunderter Migranten aus Iran, Irak, Syrien, Libyen und Sudan. Allein in Los Angeles folgten mehr als 3.000 dem Aufruf eines Radiosenders der iranischen Gemeinde. Im Zuge des „Anti-Terror-Kampfes“ sind männliche Einwanderer ab 16 Jahren aus den genannten Ländern, die in Kalifornien leben, seit Anfang Dezember aufgerufen, sich bei der INS, der Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde, registrieren zu lassen. Ihnen wird der Fingerabdruck genommen, sie werden fotografiert, ihre Befragung wird auf Band aufgenommen, und sie müssen ihre Kreditkartennummer, ihre Telefonnummer, Namen von Verwandten usw. angeben. Bei dieser Registrierung, zu der sie freiwillig und zunächst ahnungslos erschienen, wurden seit dem 5. Dezember nach Angaben von Rechtsanwaltsvereinigungen zwischen 500 und 700 Menschen festgenommen, darunter auch viele jüdische Flüchtlinge aus dem Iran. Viele der Verhafteten hatten die Green Card beantragt, viele jüngere waren mit Visum zu ihren in den USA lebenden, oft eingebürgerten Eltern gereist und hatten Aufenthaltsgenehmigung beantragt, Anwälte berichten von Fällen, in denen 16-jährige Jungen ihren Müttern aus den Armen gerissen und ins Gefängnis geworfen wurden. Die Anwälte berichten auch von unmenschlicher Behandlung. Die Verhafteten wurden vielfach in Zellen gesteckt, die so überfüllt waren, dass sie nur stehen konnten, die Zellen waren kalt, einige wurden mit kaltem Wasser abgespritzt und mussten dann auf dem kalten Zellboden schlafen. Die Demonstration in Los Angeles führte immerhin dazu, dass etliche der dort Inhaftierten nach Tagen wieder freigelassen wurden, in anderen Regionen sind sie immer noch in Haft. Sprecher der Bürgerrechtsbewegung befürchten, dass die Verhaftungswelle erst der Beginn von Massenverhaftungen und Massendeportationen ist. In den nächsten Tagen müssen sich alle männlichen Migranten über 16 aus 13 weiteren Ländern

melden: Algerien, Bahrain, Libanon, Marokko, Oman, Katar, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate, Jemen, Afghanistan, Eritrea, Somalia und Nordkorea. (Quelle und Bilder: Indymedia Los Angeles und San Francisco)

USA: Hexenjagd auf Akademiker

Neben der wachsenden staatlichen Repression gegen Einwanderer aus dem Mittleren Osten und anderen islamisch geprägten Ländern gibt es regelrechte Kampagnen führender rechter Ideologen, die Erinnerungen an die McCarthy-Zeit wecken. So werden Dozenten und Einrichtungen, die sich mit dem Mittleren Osten oder dem Islam befassen und sich kritisch zur US-Außenpolitik äußern, Opfer einer Hexenjagd, die der rechte Kolumnist Daniel Pipes mit seiner Campus Watch betreibt. Auf seiner Website veröffentlicht er Namen unliebsamer Akademiker, die oft arabischer Herkunft sind und denen er „anti-amerikanische Einstellungen“ vorwirft, eine Zeitlang sogar mit Email-Adressen, Telefonnummern und Bildern der Betroffenen, so dass diese Tausende Anrufe und Mails mit Beleidigungen und Drohungen bekamen. Nach Protesten von 200 Professoren mussten die persönlichen Angaben entfernt werden, die Namen werden jedoch weiter aufgeführt, und zusätzlich wurde eine Rubrik gerichtet, in der Unterstützer als „Freunde von akademischen Apologeten, die eindeutig Selbstmordattentate und einen militanten Islam wollten“, diffamiert werden. Die Kampagne fordert die Abschaffung der finanziellen Förderung von Studienprogrammen zum Mittleren Osten durch das Erziehungsministerium und ihre Ablösung durch vom Pentagon finanzierte Sprachkurse, um für die Zukunft Spione und Fachleute auszubilden zu können. Eine ganze Reihe der auf der Website veröffentlichten Universitäten hatte vom Verteidigungsministerium finanzierte Programme zurückgewiesen. Besonders übel ist die Aufforderung von „Campus Watch“ an Studierende, anonym Informationen über ihre Dozenten zu schicken. Das steht in engem Zusammenhang mit dem Regierungsprogramm „TIPS“, wonach Zivilisten der Regierung helfen sollen, Informationen

über die Nachbarn zusammenzutragen. (Quelle: Indymedia, www.campus-watch.org)

USA will tschechische Unterstützung für Irak-Krieg

Die USA haben Tschechien formell angefragt, sie im Krieg gegen den Irak zu unterstützen. Die Anfrage betrifft dem Regierungschef Spidla zufolge nicht nur die Erlaubnis zum Überfliegen und Überqueren des tschechischen Territoriums, sondern auch zur Stationierung von US-Truppen in Tschechien und dem militärischen Einsatz der tschechischen Anti-ABC-Waffen-Einheiten. Bush will nicht nur die jetzt schon 250 in Kuwait stationierten Soldaten aus diesen Einheiten, sondern darüber hinaus weitere. Die Stationierung von US-Truppen und der Einsatz tschechischer Soldaten unterliegt der Zustimmung des Parlaments. Da Bush Antwort bis zum 20.1. haben will, bleibt nicht viel Zeit. (Quelle: Radio Prag)

Australien: Aufstand in Abschiebelagern

Am 29. Dezember brachen im Abschiebelager Baxter in Süd-Australien, danach in Woomera, Villawood, Port Hedland und Christmas Island Aufstände aus. Einwanderer, die zum Teil seit Jahren in diesen Lagern eingesperrt sind, setzten mehrere Gebäude in Brand, um gegen die Einwanderungspolitik Australiens und die unmenschlichen Bedingungen, unter denen sie festgehalten werden,



zu protestieren. In den Lagern wird gefoltert, den Gefangenen wird der Zugang zu Informationen oder Unterstützung verweigert, die Presse wird gehindert, über die Zustände in den Lagern zu berichten, und Menschenrechtler, die die Zustände kritisieren, werden von der australischen Regierung offen bedroht. 15 Einwanderer des Lagers Villawood wurden in ein Hochsicherheitsgefängnis verbracht, andere wegen der Beteiligung an den Aufständen vor Gericht gezerrt. Unabhängige Medien berichten, dass in der Nacht zum 1.1. die Gefangenen in Woomera mit Tränengas misshandelt wurden. (Quelle: Indymedia)

Zusammenstellung: scc

WINSEN/ALLER. Ein gutes Dutzend Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner haben am Samstag, den 11. Januar 2003, vor einer Wahlkampf-Veranstaltung in Winsen/Aller Bundesverteidigungsminister Peter Struck mit ihrer Forderung nach Konsequenzen aus seinem „Nein zum Irak-Krieg“ konfrontiert. Sie forderten in einem an die Besucher der Veranstaltung verteilten Flugblatt die Verweigerung der Überflugrechte und den Rückzug der Spürpanzer und der Marineeinheiten vom Golf. Alles andere bedeute die faktische Kriegsbeteiligung Deutschlands. „Von deutschem Boden geht Krieg aus“ hieß es auf einem der transparenten, „Abschaffung der Bundeswehr. Schwerter zu Pflugscharen“ auf einem anderen. Im Unterschied zum niedersächsischen SPD-Landtagskandidaten Rolf Meyer verweigerte der Bundesminister jegliche Auseinandersetzung mit den Friedensaktivisten.

*Anti-Kriegsplenum Celle
www.info.partisan.net*



Nazi-Provokation im Münchner Gewerkschaftshaus gescheitert

MÜNCHEN. Am Samstag, den 11. Januar 2003, wollten zwischen 20 und 30 Nazis an einer Veranstaltung im Münchner Gewerkschaftshaus teilnehmen. Dort fand ein Antikriegs-Kongress statt. Am Samstag ab 19 Uhr 30 wurde eine spezielle Veranstaltung zur Lage im Nahen Osten durchgeführt. Im Mittelpunkt der Debatte stand der Israel-Palästina-Konflikt. An dieser Diskussion wollten Nazis aus dem Umfeld der „Freien Kameradschaften“ beteiligt sein. Dies ist kein Zufall, denn erst kürzlich nahmen die Faschisten an einer Kundgebung der attac-Hochschulgruppe teil. Damals reagierte attac ausgesprochen hilflos gegenüber den Nazis. Mehr als hilflos benahm sich kürzlich das Forum-Gegenargumente in Räumlichkeiten der Universität. Dem Nazi Stefan Wiese wurde Rederecht gewährt. Die MG-Nachfolger verteidigten diesen Vorgang. Kein Wunder, dass die Faschisten sich im Rahmen ihrer Querfrontstrategie ermuntert fühlten und jetzt den Schritt ins Münchner Gewerkschaftshaus wagten. Dieser Schritt wurde ihnen allerdings verwehrt, sie wurden hinausgedrängt. Der Vertreter von ver.di machte von seinem Hausrecht Gebrauch.

Der Veranstaltungsleiter erklärte zu Beginn der Versammlung, dass es keine Debatte mit Faschisten geben könne. „Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“. Nach den Referaten gab es eine Diskussion, in der u.a. die Frage aufgeworfen wurde, warum die Nazis sich zu Veranstaltungen der Antikriegsbewegung hingezogen fühlten. Ein Diskussionsteilnehmer begründete dies mit den Unklarheiten in dieser Bewegung. Er machte deutlich, dass durch den „Antizionismus“ von Teilen der Bewegung eine objektive Brücke zu den Faschisten besteht. Zudem müsse im deut-

schen Imperialismus der Gegner erkannt werden. Wenn dies nicht der Fall sei, gebe es eine „deutsch-nationale Friedensbewegung“. Diesem Beitrag gegen Ende der Veranstaltung wurde nichts entgegnet.

Max Brym, http://de.indymedia.org

Nazi-Aufmärsche und Gegenaktionen in Wuppertal und Bochum

WUPPERTAL, BOCHUM. Zum dritten Mal innerhalb von 4 Monaten gab es am 11. Januar 2003 einen Nazi-Aufmarsch in Wuppertal. Diesmal zogen rund 150 RechtsextremistInnen durch den Stadtteil Oberbarmen. Laut Presse protestierten rund 600 bis 700 Menschen dagegen, 68 AntifaschistInnen wurden vorläufig festgenommen. (NRZ 12.1.03). Antifaschisten berichten: Mit der Blockade von zwei Bahnsteigen am Oberbarmer Bahnhof in Wuppertal durch ca. 400 Leute konnte der Bahnverkehr stillgelegt werden. Auch die Nazis konnten nicht pünkt-



Die Nazis werden aus dem Hinterausgang des Wuppertaler Bahnhofs geleitet.

lich anreisen, wodurch ihre Kundgebung 90 Minuten später begann. Sie konnten dann nur eine kurze öde Route durch Gewerbegebiet ablaufen. Parallel gab es noch eine Demo von AntifaschistInnen zur neuen Synagoge nach Barmen.

Mehr als zweihundert Neofaschisten zogen am Samstag, den 4. Januar, durch die Bochumer Innenstadt. Bereits am 28. Dezember waren zumeist Mitglieder der sogenannten Freien Kameradschaften aus dem Ruhrgebiet durch Bochum marschiert. Über 300 AntifaschistInnen hatten sich diesmal zu einer Spontandemonstration zusammengefunden, um gegen die erneute neofaschistische Provokation zu protestieren. Es gelang, eine Routenänderung zu erzwingen und die Zahl der Nazi-Kundgebungen von 3 auf 2 zu reduzieren. (jw 6.1.03) www.domeus.de/groups/infotelefon.garfield

Antifademo in Potsdam nach Angriff auf linkes Wohn- und Kulturprojekt

POTSDAM. Etwa 400 Menschen folgten am 11. Januar 2003 dem Aufruf eines breiten Bündnisses aus linken und bürgerlichen Gruppen und beteiligten sich an einer antifaschistischen Demonstration, nachdem „Chamäleon e.V.“, ein linkes Wohn- und Kulturprojekt in Potsdams Innenstadt, von Neonazis angegriffen worden war. Zum Jahreswechsel zerschlugen etwa 50 Faschisten 48 Fensterscheiben des Hauses, im Obergeschoss entfachten sie mit einem gezielten Raketenbeschuss einen Brand. In dem Moment, in dem sie in das Haus stürmten wollten, kam die Polizei und nahm sechs Personen fest. Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiene und Militär kritisierte in ihrem Redebeitrag die Polizeistatistik von 40 rechten Übergriffen im Jahr 2002 in Potsdam und legte dar, dass diese nicht das ganze Ausmaß der rechten Gewalt darstellen. Die Demonstration unter dem Motto „Den

rechten Vormarsch stoppen – in Potsdam und überall. Für eine emanzipierte Jugendkultur“ forderte von Politik und Gesellschaft, Ansätze alternativen Lebens zu stärken und damit ein wirksames Zeichen gegen latenten Rechtsextremismus und Intoleranz zu setzen. Weiterhin setzten sich die Demonstranten für ein dauerhaftes Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt ein. www.inforiot.de

Dresdner Kampagne gegen organisierte Neonazis

DRESDEN Am 10. Dezember 2002 wurde den Betreibern des Neonazihauses „Thor“ außerordentlich gekündigt. Der Besitzer der Immobilie setzte eine Auszugsfrist zum 31. Dezember 2002. Der Betrieb im „Thor“ ging nach der Kündigung weiter wie zuvor. Am 21. Dezember fand eine überregionale Neonazi-, „Wintersonnenwendfeier“ statt, am 31. Dezember eine Art Silvesterparty mit nur etwa 30 Neonazis: Zelte waren aufgestellt, um die Auflage, nicht mehr als 50 Leute ins „Thor“ zu lassen, einzuhalten. Aber so viele waren es ja gar nicht, die ins „Thor“ wollten. Wie jedes Jahr steht nun der 13. Februar 2003 an, Jahrestag der Bombardierung Dresdens 1945. Sven Hagendorf, Anti-Antifa-Kader und „Thor“-Mieter, zeichnet verantwortlich für den Aufruf, der vergleichsweise harmlos mit „Gedenken an die Opfer des alliierten Bomben-Terrors“ überschrieben ist. Der neonazigängige Wahn begriff „alliiert Bombenholocaust“ wurde an dieser Stelle vermieden. Der geschichtsrevisionistische und naziverherrlichende Charakter, die Opfer-Stilisierung ist trotzdem offensichtlich. Die Anmeldung besorgt die neonazistische Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), ein Rechtsaußenableger der „Vertriebenenverbände“, die, so unglaublich das klingt, Teile Polens wieder deutsch wollen. JLO und „Thor“ sind personell und organisatorisch verflochten.

Kritisch begleitet wird nach wie vor der zu erwartende Auszug der Neonazis aus dem „Thor“. Sollte es irgendwann zu Versuchen kommen, ein ähnliches Projekt zu etablieren, sind Proteste gewiss. Nicht ungestört bleiben auch andere Neonaziaktivitäten. Der Neonaziaufmarsch am 13. Februar 2003 mit bis zu 1.000 TeilnehmerInnen und sonstige geschichtsrevisionistische Umrübe in der abendlichen Innenstadt Dresdens werden antifaschistische Proteste hervorrufen. www.thormussweg.de

Aktion des Lesben- und Schwulenverbandes am „Familiensonntag“

KÖLN. Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) will am traditionellen Familiensonntag (19. Januar) in insgesamt fünf Städten gegen die katholische Kirche demonstrieren. Unter dem Motto „Auch wir sind Familie!“ soll gegen die Drohung der Bischöfe demon-



striert werden, verpartnete Angestellte zu entlassen. In Berlin, Köln, Münster, Magdeburg und Bamberg sind jeweils Demonstrationen und Mahnwachen vor Kirchen angemeldet. Im Sommer hatten die Katholischen Bischöfe damit gedroht, dass alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen, die eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen, mit dienstrechlichen Konsequenzen zu rechnen haben. Die Deutsche Bischofskonferenz bewertet das Eingehen einer eingetragenen Lebenspartnerschaft als „schwerwiegenden Loyalitätsverstoß“. www.lsvd.de. Bild: Eurogay

Demokratie statt Geheimdiplomatie GATS-Bündnis sammelt Unterschriften

BERLIN. In dem Aufruf zur Unterschriftensammlung heißt es: „Die umfassende Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte – einschließlich elementarer öffentlicher Aufgaben wie Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Kultur – ist das Ziel der Verhandlungen über das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO. Bis Ende März 2003 müssen die WTO-Mitgliedstaaten ihre Marktöffnungsangebote für Drittstaaten vorlegen. Der Abschluss der Verhandlungen ist für den 1.1.2005 geplant. Die deutsche und europäische Handelspolitik zum GATS wird in enger Abstimmung mit Industrievertretern abgewickelt; diese erhalten Zugang zu Originaldokumenten und dominieren mit ihren Partikularinteressen die EU-Strategie. Die Öffentlichkeit und die Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene werden nur unzureichend informiert. Aufgrund des aufkommenden gesellschaftlichen Protestes begann die EU-Kommission im November 2002 zwar GATS-Konsultationen mit der Zivilgesellschaft; diese Konsultationen bleiben aber – ebenso wie die noch bescheideneren Ansätze des Wirtschaftsministeriums in Deutschland – völlig unzureichend ...“

- Wir fordern die Bundesregierung und besonders den für die Verhandlungen zuständigen Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement auf, sowohl Marktöffnungsfordernisse im GATS-Prozess als auch geplante Angebote sowie deren Konsequenzen unverzüglich bekannt zu machen. • Von den Abgeordneten des

Deutschen Bundestages aller betroffenen Ausschüsse fordern wir, rechtzeitig vor dem 30.3.2003 eine öffentliche parlamentarische Anhörung über die Folgen des GATS unter Einschluss aller betroffenen Gruppen durchzuführen. Diese Anhörung soll anschließend in eine Debatte und verbindliche Entscheidung des Deutschen Bundestages einfließen. GATS-Politik darf nicht weiter von Bürokraten und Lobbyisten entschieden werden. • Wir ermuntern alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle Organisationen der Zivilgesellschaft, sich in die Debatte um das GATS und die WTO einzumischen – sie ist zu wichtig, um sie den Mächtigen in Wirtschaft und Politik zu überlassen. Für ein Moratorium bei den GATS-Verhandlungen und Demokratie statt Geheimdiplomatie!“ Unterschriften bis 15.02.2003 an: GATS-Bündnis, c/o Attac-Netzwerk, Artilleriestr. 6, 27283 Verden. Infos bei: www.gats-kritik.de



8.2.: Internationale Demonstration gegen die NATO-Kriegspolitik

MÜNCHEN. Das „Bündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz in München“, attac und Münchner Friedensbündnis rufen zur Groß-Demonstration am 8. Februar in München, 12 Uhr Marienplatz, auf. Am Tag zuvor findet um 17 Uhr an diesem Platz eine Kundgebung gegen den städtischen Empfang der Militärvertreter statt. 200 hochkarätige Militärstrategen, Generäle und Rüstungsexperten werden zur jährlichen „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ erwartet. Münchens OB erklärt dazu: „Wenn aufgrund der Entwicklung im Irak bei der kommenden Konferenz weit mehr Menschen demonstrieren wollen als bei der vergangenen, dann kommt dem Demonstrationsrecht auch eine entsprechend erhöhte Bedeutung zu.“ Mal sehen, wie ernst dies gemeint ist. 2002 wurden 850 Leute zum Teil 24 Stunden lang inhaftiert und 90 Personen erhielten Bußgeldbescheid. Einige stehen derzeit deshalb vor Gericht. baf

Privatisierung von kommunalem Wohnungsbestand vorerst gescheitert

KÖLN. Mit 48 zu 47 Stimmen scheiterte in einer zweiten Abstimmung der Antrag von CDU und FDP das kommunale Wohnungswirtschaftsunternehmen G/Grubo zu verkaufen. Trotz der Stimme des REP-Legers und des Oberbürgermeisters obsiegten SPD, Grüne und die PDS-Offene Liste. Zwei CDU-Ratsmitglieder stimmten mit der Opposition.

Wenige Tage vor der Ratssitzung wandte sich sogar der Vorstand der GAG, dem auch führende CDU-Mitglieder angehören, gegen einen Verkauf der Wohnungen.

Sozialer und kommunaler Wohnungsbau wird in Köln seit über 150 Jahren von

vielen gesellschaftlichen Kräften getragen, nicht nur von Sozialisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften, sondern auch von christlichen Kräften. Das wollen jetzt führende CDU-Politiker nicht wahrhaben.

Mieterinnen und Mieter und deren Mieteräte in den GAG-Wohnungen erklärten am Tag der Ratssitzung, sie werden ihre Aktien an einen privaten Investor nicht verkaufen.

1600 Mieter von GAG-Wohnungen, die vor 1961 dort eingezogen sind, besitzen noch heute 5,59% aller GAG-Aktien. Die Mehrheit der Aktien, 68,83% hält die Stadt Köln. Der Verkaufserlös von 420

Millionen Euro sollte nicht in den sozialen Wohnungsbau oder in die Sanierung von Schulen gehen. Nein, Renommierprojekte sollten damit finanziert werden.

Monatelang hatte ein breites Bündnis von Mieteräten, Mieterverein, Gewerkschaften, christlichen Institutionen und Personen sowie attac an dem Erfolg gearbeitet.

Die FDP hat inzwischen die Koalition aufgekündigt. CDU und Grüne verhandeln über eine neue Koalition.

Dabei ist eine Teilprivatisierung des Wohnungsunternehmens nicht ausgeschlossen.

Dokumentiert:

Redebeitrag von Jörg Detjen im Stadtrat

Liebe Kölnerinnen und Kölner, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma, Sie wollen mit ihrem persönlichen Schreiben an alle Ratsmitglieder, auf uns Druck ausüben und uns einschwören. Ich finde es unglaublich, mir vorzuwerfen, ich würde der Stadt Köln „Schaden zufügen“, wenn ich gegen die Privatisierung stimme. Es ist genau umgekehrt. Ich will die Stadt Köln davor schützen, einen gemeinsam Weg aller demokratischen Kräfte zu verlassen, der mit dem sozialen Wohnungsbau seit 150 Jahren gegangen wird.

Sie Herr Oberbürgermeister Schramma, setzen die Politik von Adenauer und Harry Blum **eben nicht fort**, wie Sie immer behaupten.

Ich möchte Ihnen mal ein Flugblatt zeigen, auf das mich die GAG-Mieteräte aufmerksam gemacht haben. 1999 schrieb Harry Blum in einem Flugblatt:

„SPD-Ratsmitglied Jansen hat behauptet, CDU-OB-Kandidat Harry Blum wolle Sozialwohnungen an private Investoren verkaufen ...“

OB-Kandidat Harry Blum stellt klar: In einer CDU geführten Stadt hat sozialer

Wohnungsbau Bestand.“

Herr Oberbürgermeister, ich verstehe nicht, warum Sie uns provozieren. Sie haben die ganze Zeit Herrn Bietmann machen lassen, und sollten sich jetzt lieber darum kümmern, dass die Stadtverwal-

tung und die Vorstände stadteigenen Betriebe sich nicht gegenseitig beharken.

Herr Bietmann, Sie haben dem GAG-Vorstand „skandalöse Geschäftspraktiken“ unterstellt und dies nicht weiter belegt. Wissen Sie, was ich skandalös fand, wie Sie Ende letzten Jahres in aller Öffentlichkeit Summen handelten, die den Wert der GAG-Aktien inflatierten.

Das stärkste leisteten Sie sich, Herr Klipper, als Sie am 18. November über den Kölner *Stadt-Anzeiger* erklärten ließen, ich zitiere:

„Fest stehe bisher lediglich, dass man den städtischen 69-Prozent-Anteil nicht unter Wert verkaufen werden. Die Schmerzgrenze liegt bei 300 Millionen Euro.“

Wie kann man in laufenden Geschäftsverhandlungen seine Schmerzgrenze ausplaudern? – So etwas halte ich für geschäftsschädigend.

Und jetzt stellen sich Herr Bietmann und Herr Klipper hin und sagen, 300 Millionen Euro von den Stadtwerken seien zuwenig.

Meine Herren sie widersprechen sich und sie verraten sich. Sie wollen keine Lösung über die Stadtwerke, weil sie die Stadtwerke „für noch was anderes brauchen“, wie man so erfahren kann. Deshalb wollen sie die RWE-Aktien auch nicht verkaufen. Wollen sie auch die Stadt-



Gruppe im Rat der Stadt Köln

Haus Neuerburg
Gülichplatz 3 - 50667 Köln
Tel: 0221/221-27840 - Fax: 0221/221-27841
oder Jörg Detjen, Mdr: 0221/9 23 50 00
e-mail: pds-gruppe@stadt-koein.de
Internet: www.pds-koein.de
Köln, 14.01.2003

Die CDU gibt nicht auf – GAG-Teilprivatisierung?

„Die Kölner CDU kann nicht mit Anstand verlieren“, meint Ratsmitglied Jörg Detjen zu den neuen Plänen von CDU-Chef Bietmann, einen erneuten Anlauf in Sachen Privatisierung der GAG zu starten. Die PDS-Ratsgruppe wird sich auch gegen einen Teilverkauf der GAG wenden.

„Ohnehin müsste eine neue europäische Ausschreibung durchgeführt werden“, meint Detjen und weist darauf hin, dass die erste Ausschreibung ja von ganz anderen Bedingungen ausgegangen war. Das gesamte Ausschreibungsverfahren hat viel Geld gekostet und strapaziert den schmalen Haushalt.

„Die Diskussion über eine Privatisierung, auch in Teilen, muss jetzt beendet werden“ fordert die PDS-Offene Liste: „Die Mieterinnen und Mieter sind schon genug verunsichert.“ Das zukünftige Schwarz/Grüne Bündnis soll jetzt ein Haushaltssicherungskonzept erarbeiten.

„Mieteräte, Mieterverein, Gewerkschaften, christliche Institutionen und Personen, attac und viele andere haben gemeinsam Druck gemacht. Ohne sie hätte es keine wechselnde Mehrheit im Rat gegeben“ meint Ratsmitglied Jörg Detjen.

Ansprechpartner: Jörg Detjen, 9 23 50 00
Wolfgang Breuer 221-27840

GAG: Der zweite Anlauf

Von ROBERT BAUMANNS

Köln – Heute ist der Tag der „Jahrzehntsentscheidung“, wie Oberbürgermeister Fritz Schramma es in einem Brief an die Ratsmitglieder beschreibt. Heute entscheidet der Rat im zweiten Anlauf über den Verkauf der städtischen Anteile an GAG und Grubo an den britischen Investor „Terra Firma“. Und – so oder so – über das Wohl der Stadt Köln.

Hoch ging es her, seit am 19. Dezember letzten Jahres der Rat wider Erwarten gegen den Verkauf der 42 000 GAG-Wohnungen an „Terra Firma“ gestimmt hatte. In Gesprächen mit SPD und Grünen bemühten sich CDU und FDP, die politischen Gegner vom Verkauf an „Terra Firma“ zu überzeugen.

Ohne Erfolg, denn SPD und Grüne wollen den städtischen

Die Spannung steigt vor der heutigen Ratsentscheidung



**Wollen ihre
Aktien nicht
verkaufen:
GAG-Mieter
in Vingst.
Insgesamt
halten GAG-
Mieter 5,6 %
der Aktien.
Sie werden
von einem
Treuhänder
verwaltet.**

Foto: Hartmann

Einfluss auf die Wohnungen erhalten und sprechen sich dafür aus, die Wohnungen an Stadtwerke, Stadtparkasse und einen „wohnungswirtschaftlich kompetenten Dritten“ zu verkaufen und stellten zusätzliche Möglich-

keiten der Finanzierung und der Haushaltssolidierung darüber hinaus vor.

Stadtkämmerer Peter-Michael Soénus und CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann beschreiben dieses Modell als nicht finanzierbar und

werfen SPD und Grünen vor, „verrückten Blödsinn“ zu verbreiten. SPD-Fraktionschef Martin Börschel wiederum wirft Bietmann vor, seine eigene Fraktion und die gesamte Bürgerschaft zu belügen, „wenn er behauptet, der Verkauf an „Terra Firma“ sei die einzige Möglichkeit der Stadt, einem Haushaltssicherungskonzept zu entgehen“. (Dazu mehr siehe Kasten).

Auch Mieter, die im Besitz von Aktien sind, gehen auf die Barrikaden. „Wir verkaufen unsere Aktien nicht an „Terra Firma““, sagen z. B. viele GAG-Mieter in Vingst. Die Mieter halten 5,6 % der Aktien, die von einem Treuhänder verwaltet werden.

Wie sich der Rat heute entscheidet, kann niemand voraussehen. Spannend wird's allemal.

werke privatisieren, oder den Einfluss des RWE-Konzerns stärken?

2. Ich finde es unglaublich, wie sie mit den Mieterinnen der GAG-Wohnungen umspringen. 1600 Mieterinnen und Mietern besitzen GAG-Aktien, insgesamt 5,59% des gesamten Aktienpaketes. Die Mieter-Aktie gab es bei Mietverträgen bis 1961. Eine Regelung, die dem Genossenschaftsgedanken folgte. In den alten Mietverträgen ist in §4 klar geregelt, dass der Treuhänder die Aktien „verwaltet“. Er darf sie aber nicht verkaufen. Im Kaufvertrag ist die zeitliche Möglichkeit nicht vorhanden, die Mieter zu unterrichten und jeden einzelnen zu fragen, ob er seine Aktien verkaufen will. Schon vor der Privatisierung werden die Rechte der Mieter mit Füßen getreten. Was passiert erst nach der Privatisierung, das frage ich Sie.

Wir begrüßen die Ankündigung der Miiterräte Vingst 1 bis 4, im Falle einer Privatisierung der GAG, einen Verkaufsboykott durchzuführen zu wollen und alle Mieter-Aktionäre auf ihre Rechte und Möglichkeiten hinzuweisen.

3. Zu unserer Überraschung mussten wir dem Verkehrswertgutachten entnehmen, dass die GAG in einzelnen **Stadtteilen über 50%** des Wohnungsbestandes besitzt. Das bestärkt uns in unserer Kritik, dass ein Privater in Köln marktbeherrschend wird und dass dies zu Mietsteigerungen führen wird. Die Terra Firma wird nach einer Privatisierung 12,5% des Mietwohnungsbestandes in Köln besitzen. Die PDS-Ratsgruppe hat das Bundeskartellamt auf diesen Missstand hingewiesen.

4. Köln braucht einen eigenen kommunalen Wohnungsbestand. Ein Thema, das z.B. in München zwischen allen Ratsparteien Konsens ist. CSU und FDP röh-

ren dieses Thema nicht an, weil in München die Mieten inzwischen so hoch sind, dass eine Privatisierung dramatische Folgen hätte.

5. Vor die Alternative gestellt, die kommunale Wohnungspolitik auf lange Zeit zu zerschlagen oder ein Haushaltssicherungskonzept zu bekommen, nehmen wir lieber die kurzfristige Zwangsbewirtschaftung. Das legt uns Fesseln an, aber vergewaltigt nicht die 100 000 Mieter in den GAG-Wohnungen.

6. Wir werden dem Änderungsantrag der Grünen zustimmen, auch wenn uns der Verbleib der GAG unmittelbar bei der Stadt lieber wäre. Wir wollen aber eine Privatisierung verhindern. Wir gehen davon aus, dass dieser Änderungsantrag am weitest gehenden ist, und als erstes abgestimmt werden wird. Deshalb werden wir mit Ja stimmen.

Und Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie können auch wieder mit Ja stimmen, – am besten alle-. Die Vorteile aus Ihrer Sicht wären folgende:

1. Wenn Sie mit Ja stimmen, haben Sie mit den Grünen einen neuen, alten Kooperationspartner und werden keine Abstimmungen mehr verlieren!

2. Die Stelle des Privatisierungsbeauftragten können Sie einsparen und die nervende FDP in die Schranken weisen.

3. Sie sichern bei 100 Kölner Handwerksbetrieben die Arbeitsplätze, bei der GAG kommt es zu keinen Entlassungen, auch nicht auf Vorstandsebene. Gleichzeitig schaffen Sie einen neuen Arbeitsplatz als Fraktionsvorsitzenden. Herr Bietmann kann ganz nach Berlin wechseln und die CDU-Fraktion mehr beglücken.

Also eine runde Sache meine Damen und Herren von der CDU, stimmen Sie mit Ja!

**Offener Brief vom Dezember 2002 an
OB Roth, Gesundheitsdezernent Burggraf
und die Stadtverordneten der Stadt
Frankfurt/Main**

Frankfurt – Frankfurt oder Gesunde Stadt?

Die Unterzeichner wenden sich mit diesem offenen Brief in großer Sorge an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, um auf die drohende Demontage des sozialen Netzes in Frankfurt aufmerksam zu machen.

Das Gemeinwesen verliert in den letzten Jahren zunehmend seine integrative Kraft und ist vermehrt mit Armut, Krankheit und Obdachlosigkeit konfrontiert. Gerade in diesen Krisenzeiten ist es unserer Ansicht nach eine der vorrangigsten Aufgaben, die sozialen Sicherungssysteme soweit zu stabilisieren, dass Hilfe und Ermutigung als verlässliches Netzwerk einer angestrebten Solidarität auch zukünftig erhalten bleiben.

Die freien Träger im Gesundheitsbereich halten eine wichtige, vielseitige und qualitativ hochwertige Angebotspalette für die Frankfurter Bevölkerung vor. Sie sind jedoch seit vielen Jahren damit konfrontiert, dass ihre Dienstleistungen nicht adäquat finanziert werden. Gleichbleibende oder gekürzte Zuschüsse seitens der öffentlichen Hand, gerade im sozialen Dienstleistungsbereich, waren bereits in der Vergangenheit ein bewährtes Mittel der Haushaltssolidierung. Dies hat in den vergangenen Jahren zu einem erheblichen Druck auf die Leistungsanbieter geführt und die Leistungsfähigkeit der Vereine erheblich eingeschränkt. →

→ ... Politikerinnen und Politiker müssen sich entscheiden, wie sie das kommunale Gemeinwesen zukünftig gestalten wollen. Es werden in diesem Entscheidungsprozess grundlegende verantwortungsethische und moralische Fragen unserer Wertegemeinschaft berührt. Pauschalkürzungen oder so genannte Rasenmäherkürzungen sind kein geeignetes Mittel, der Krise zu begegnen.

Die Zuwendungen für gemeinnützige Träger im Bereich des Gesundheitsdezernates, wurden im laufenden Haushaltsjahr um fast 7% gekürzt. Weitere Kürzungen wurden bereits angekündigt.

Die Bedingungen des Zuwendungsrechtes und der Zuwendungspraxis sind zu einer Zumutung geworden, die den Verwaltungsaufwand bei den Trägern in unnötige Höhen treibt – ohne erkennbaren Gewinn. Wenn, wie in diesem Jahr, Zuschüsse, deren Höhe in vertrauensvoller Atmosphäre verhandelt wurden, jahresmäßig einseitig gekürzt werden und im November noch immer nicht fest steht, wie die tatsächlichen Kürzungen im laufenden Haushaltsjahr aussehen, so wird das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der öffentlichen Hand als Partner erschüttert und die Planungssicherheit der Träger massiv erschwert. Im Gegensatz zu den öffentlichen Haushalten sind die Anbieter sozialer Leistungen auch haftungsrechtlich in der Verantwortung. Die daraus resultierenden Folgen führen zu einer Stagnation im Bereich der sozialen Arbeit. Schon heute wird es immer schwieriger, geeignetes Personal für Pflege und Betreuung zu finden.

Es wird also darauf ankommen, wie sachbezogene Entscheidungen getroffen werden, die im Interesse der betroffenen Menschen eine möglichst verlässliche Infrastruktur erhalten und den Anbietern und Trägern wieder Mut für die Aufgaben der nächsten Jahre machen.

- Wir erwarten, dass Gesundheitspolitik in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht als Almosen, sondern als bedeutender Beitrag zum Gemeinwesen erkannt und gefördert wird. Gesundheitspolitik darf nicht zum Steinbruch der Haushaltssanierung verkommen.
- Wir fordern verlässliche Aussagen darüber, wie Förderung zukünftig aussehen kann. Planungssicherheit ist für die Anbieter sozialer Leistungen überlebenswichtig.

... Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Politik hat dafür Sorge zu tragen, dass Frankfurt nicht zu Frankfurt wird.

Aktionsgemeinschaft „Gesunde Stadt“

AIDS-Hilfe Frankfurt e.V., Balance – Beratung und Therapie bei EssStörungen e.V., CAH – Christliche Aidshilfsdienst e.V., Caritasverband Frankfurt e.V. – Betreutes Wohnen für Aidskranken, Feministisches Frauengesundheitszentrum e.V., Frankfurter Zentrum für Ess-Störungen GmbH, Frauengesundheitszentrum Neuhoferstraße e.V., PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband – Stadtverband Frankfurt, Selbsthilfe e.V., Verein Lichtblick aktiv – Schwester Sigrid e.V., Wildwasser e.V.

Grüne gegen den Transrapid: MÜNCHEN. „Eine Missachtung des politischen Willens der Landeshauptstadt“ sieht die Stadtratsfraktion „Die Grünen – rosa liste“ in den erneut forcierten Plänen der Staatsregierung zum Bau einer Transrapidstrecke vom Münchener Hauptbahnhof bis zum Flughafen. Nach Auffassung des verkehrspolitischen Sprechers der Fraktion, Jens Mühlhaus, sind die zweistelligen Millionenbeträge, die jetzt für die Planung der Magnetschweebahn bereit gestellt werden, „einer der krassesten Fälle staatlicher Geldverschwendungen der letzten Jahre.“ Jens Mühlhaus: „Herr Wiesheu sollte sich nicht täuschen. Der Widerstand gegen dieses Projekt existiert nicht nur im Münchener Stadtrat, sondern in weiten Kreisen der Münchener Bevölkerung. Das hat der rege Zuspruch zu unserem Bürgerbegehren „S-Bahn-Ausbau statt Transrapid“ eindrücklich bewiesen. Das Bürgerbegehren hat in kurzer Zeit knapp 10.000 Unterschriften sammeln können und ruht derzeit auf Grund der eindeutigen Beschlüsse des Stadtrats gegen den Transrapid, kann aber sehr rasch wieder aufgenommen werden. Es zeugt von einem grundsätzlich gestörten Demokratieverständnis, die Bürger einer Stadt gegen ihren Willen mit einem milliardenschweren Projekt zwangsbeglücken zu wollen.“

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Genossenschaften statt Privatisierung: STUTTGART. In einem Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion fordert diese verstärkte Anstrengungen der Verwaltung, um den im Wohnungsbericht errechneten Bedarf von 26.800 neuen Wohnungen bis 2010 zu decken. Bereitstellung von mehr und billigen Baugrundstücken sowie Grundstücken im Erbbaurecht, Verdoppelung der Haushaltsmittel für den sozialen Wohnungsbau in 2003. Zu den geplanten Verkäufen von SWSG-Wohnungen an die Mieter, gegen die es bei den Betroffenen Widerstand gibt, beantragt die SPD, die Überführung in ein Genossenschaftsmodell zu prüfen, wobei die Stadt die Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung stellen soll.

Kommunale Berichte Stuttgart

1-Euro-Programm kritisiert: HAMBURG. Statt arbeitssuchenden Sozialhilfeberechtigten sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze anzubieten, verpflichtet der Senat sie zum Durchlaufen einer zwei- bis dreimonatigen Beschäftigung bei der Hamburger Arbeit, in der sie im Sozialhilfebezug bleiben und 1 Euro pro Stunde als „Mehraufwand“ erhalten, kritisiert das Diakonische Werk. Dabei gelten für sie weder die üblichen Rechte von Lohnabhängigen, noch sind sie sozialversichert. Darüber hinaus hindert das Programm Arbeits-

suchende direkt an der Arbeitsaufnahme. Denn bevor sie z.B. bei Beschäftigungsträgern einen der geförderten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze nach § 19 BSHG bekommen können, müssen sie erst das 1-Euro-Programm durchlaufen. Wegen der hier bestehenden Wartezeiten könnte sie oft genug den Arbeitsplatz bei einem Beschäftigungsgeber nicht antreten.

Lokalberichte Hamburg

Städte vor der Pleite? BERLIN. 2001 und 2002 seien Katastrophenjahre für die Kommunalhaushalte gewesen, sagte die Stadttagspräsidentin Roth, und leider sei eine Besserung auch 2003 nicht zu erwarten. Besonders Besorgnis erregend sei die Entwicklung der kommunalen Kassenkredite: Diese eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe erlaubten Kredite haben im Jahr 2002 erstmals eine zweistellige Milliardenhöhe erreicht. Sie liegen über 11 Milliarden Euro, Mitte 2001 bei knapp 9 Milliarden Euro und vor zehn Jahren noch bei nur 0,5 Milliarden Euro. Obwohl die Ausgaben der Städte 2002 noch unter denen von 1994 gelegen hätten, könnten in Anbetracht der Schwindel erregenden Höhe der Kassenkredite kurzfristige Insolvenzen von Städten nicht mehr ausgeschlossen werden: „Die Pleite einer Stadt war bis vor kurzem völlig undenkbar. Mittlerweile aber können bei besonders desolater Finanzlage geringe Zinserhöhungen bei den vergleichsweise billigen Kassenkrediten zur Zahlungsunfähigkeit führen, so dass am Ende das jeweilige Land finanziell in die Bresche springen müsste.“

www.staedtetag.de

Rürup-Kommission fast ohne kommunale Beteiligung: BERLIN. Trotz der elementaren Betroffenheit der Kommunen in den Bereichen Sozialhilfe, Hilfe zur Pflege, Grundsicherung und Krankenhäuser ist nur eines der 26 Kommissionsmitglieder dem kommunalen Bereich zuzuordnen. Die Landkreise, in denen zwei Drittel der deutschen Bevölkerung leben, sind überhaupt nicht vertreten. DLT-Präsident Hans Jörg Dupré befürchtet, dass die eigentlich in das Gesetzgebungsverfahren und den parlamentarischen Meinungsbildungsprozess gehörenden Diskussionen in die Rürup-Kommission vorverlagert werden. Nach diesem Muster arbeitete bereits die Kommission „Moderne Dienstleistungen Arbeitsmarkt“ (sog. Hartz-Kommission). Die Landkreise blieben auch hiervon ausgeschlossen. Auf diese Weise werden nach DLT-Auffassung die Anhörungsrechte der kommunalen Spitzenverbände und somit die Einflussmöglichkeiten der Kommunen ausgehöhlt.

www.landkreistag.de
Zusammenstellung: ulj

Mit diesem Tarifergebnis haben wir erreicht:

- Die 100-prozentige Angleichung der Löhne und Vergütungen bis 2007 für die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten im Tarifgebiet Ost, für die übrigen Beschäftigten in den Neuen Bundesländern bis 2009.
- Die Tabellen werden um 4,4 % erhöht. Damit haben wir an die Einkommensentwicklung in den anderen Branchen Anschluss gehalten.
- Die Auszubildenden erhalten überproportionale Einmalzahlungen
- Die Übernahmeregelung nach der Ausbildung wird verlängert.

Dagegen steht

- Die Streichung des AZV-Tages
- Das weitere Einfrieren der Zuwendung
- Die zeitweilige Einschränkung beim Stufenaufstieg
- Die mögliche Verschiebung der Lohnzahlung auf das Monatsende

Verhindert haben wir

- Die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit
- Die Nullrunde
- Die Absenkung der Eingangsbezahlung um eine Gruppe
- Das Aussetzen des Bewilligungsaufstiegs
- Das Absenken der Zuwendung

Haushaltsbelastungen der Arbeitgeber durchsetzen.
Die Erhöhung der Tabellen kann sich sehen lassen. Damit verbessert sich auch die Ausgangslage für die nächsten Tarifrunden wesentlich da die kommenden Erhöhungen auf diesem höheren Niveau aufzubauen.

Mit diesem Tarifabschluss ist es uns gelungen, die Spaltung zwischen Ost und West zu überwinden. Die Angleichung konnte nur gegen den erbitterten Widerstand der Arbeitgeber von Ländern und Gemeinden in den neuen Ländern durchgesetzt werden. Der Kompromiss hing bis zur letzten Minute an dieser Frage.

Die deutliche Steigerung der Einkommen – auch wenn diese rechnerisch im Jahr 2003 nicht ganz 3% erreicht - und die verbindliche Ostangleichung konnten wir nur unter Zugeständnissen bei den effektiven

Auswirkung der vergleichsweise langen Laufzeit des Tarifvertrages lässt sich sicherlich erst am Ende bei einer rückwirkenden Betrachtung abschließend bewerten. Wir sind aber mit Blick auf die sich abzeichnenden finanzpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen überzeugt, dass wir gemeinsam eine gute Entscheidung getroffen haben. Die Bundestarifkommission hat dem Ergebnis mit großer Mehrheit zugestimmt und erwartet vom Gesetzgeber nun die Übertragung des Tarifergebnisses auf den Bereich der Beamten und Beamten.

Trotz kritischer Punkte - Dieses Ergebnis ist ein Erfolg!

Gemeinsames Handeln zahlt sich aus - Mitglied werden

- Mitglieder werben!

Eine Aktion von ver.di Thüringen

Goldene Nase des Monats

ERFURT: Verbunden mit phantasievollen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen, sollen Unternehmen, die dadurch auffallen, dass sie die Rechte der ArbeitnehmerInnen besonders missachten und/oder Arbeitsplätze abbauen, einen Preis „Goldene Nase“ übergeben bekommen.

Mögliche Kriterien: Das Finden der „Goldenen Nase“ soll mit einer Umfrageaktion mit verbindlichen Kriterien verbunden werden. Vorschläge können an verdi Thüringen gemäßt werden.

Goldene Nase durch die Missachtung der ArbeitnehmerInnenrechte: Abmahnungen, Einigungsstellenverfahren, Be schlussverfahren mit Betriebsrat, Behinderung der Betriebsratstätigkeit, Arbeitsunfälle, Einhaltung von Pausen und Arbeitszeit, Bereitstellung von Arbeitsschutzausrüstung und -kleidung, Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen, Ausweitung der Arbeitszeit, Einführung von Schichtsystem und Nachtarbeit, Mobbing.

Behinderung der Gewerkschaftstätigkeit, Verhinderung des Zuganges von GewerkschaftsvertreterInnen in den Betrieben, Behinderung der Streikbeteiligung von ArbeitnehmerInnen, Einsatz von Streikbrechern, Benachteiligung und Sanktionen bei Streikbeteiligung.

Goldene Nase durch Personalabbau: Personalabbau, Anzahl der betriebs-, personen- und verhaltensbedingten



Kündigungen, Umstrukturierung des Betriebes auf Teilzeit- und befristete Beschäftigung, Betriebs-, Teilbetriebs schließungen.

Goldene Nase durch Tarifmissachtung: Tarifflucht, Sonderzahlungen, Entgeltleistungen, Eingruppierungen.

<http://hd.verdi-th.de>

Land Berlin will sich der Wirkung eines bundesweiten Tarifvertrages entziehen

VERDI.DE – Am 7. Januar 2003 hat der Senat des Landes Berlin beschlossen, aus den Arbeitgeberverbänden KAV und VAdÖD auszutreten, um damit der Wirkung eines möglichen Tarifabschlusses am 8. oder 9. Januar zu entgehen. Über die Hintergründe sprach verdi.de mit der Leiterin des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, Susanne Stumpenhusen:

VERDI.DE: Was bedeutet dieser Austritt für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin?

SUSANNE STUMPENHUSEN: Unmittelbare Wirkung entfaltet der Beschluss auf die Beschäftigten der Bezirksämter und der Senatsverwaltung, weil sie aufgrund dieser Verbandsflucht an künftigen Tarif erhöhungen nicht mehr teilnehmen. Zudem kann eingegriffen werden in die Arbeits- und Einkommensbedingungen aller, die nicht bei ver.di oder den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes organisiert sind. Für Gewerkschaftsmitglieder aber gilt der bis zum 7. Januar gültige Tarifvertrag weiter.

Ist eine solche außerordentliche Kündigung der Verbandsmitgliedschaft überhaupt zulässig?

Daran haben wir erhebliche Zweifel. Das Land ist ja bereits Ende Oktober unter Einhaltung der Kündigungsfrist mit Wir-

kung zum 31. Januar ausgetreten. Es ist sehr fraglich, ob es diesen Schritt nun ein zweites Mal – nun aber fristlos – vollziehen kann, um einem aus ihrer Sicht drohenden Tarifabschluss zu entgehen und dessen Wirkung für Berlin außer Kraft zu setzen.

Wie wollt ihr nun gegen die Folgen dieses Austritts vorgehen?

Wir haben bereits gehandelt und heute früh den Innensenator schriftlich zu Tarifverhandlungen für den Berliner Landesdienst aufgefordert. Unser Ziel ist natürlich, die nach einem Abschluss gelgenden bundesweiten Tarifverträge auch für Berlin zu vereinbaren.

Und wann wird verhandelt?

Wir haben auf Freitag, 10. Januar, eingeladen. Das war dem Innensenator zwar zu früh, aber wir halten an diesem Termin fest: Wer so blitzartig kündigen kann, der muss auch schnell Verhandlungen aufnehmen können.

Glaubt ihr denn, dass ihr damit das verhindern könnt, was das Land mit seinem Austritt ja gerade erreichen will: das Abkoppeln Berlins von der allgemeinen Tarifentwicklung?

Wir lassen jedenfalls nichts unversucht.

Interview: Hermann Schmid

Kritik der Arbeiter

Gegenüber dem Scheibenwischer haben einige Mitarbeiter jetzt ihrem Ärger Luft gemacht und die Arbeitsbedingungen in den Montagebereichen offen kritisiert, in der Hoffnung, dass endlich auch einmal die Führungskräfte die Zustände zur Kenntnis nehmen und gemeinsam mit dem Betriebsrat nach geeigneten Lösungen suchen.

Rolf Heszler: Drüben, im alten Bereich, war es von der Arbeit her besser. Wir hatten längere Taktzeiten und mehr Abwechslung bei den Arbeitsinhalten.

Sinan Gürbüz, IGM-Vertrauensmann: Im alten GL-Bereich konnten wir uns die Arbeit besser einteilen. Heute ist es so, wenn es bei einem am Band nicht läuft, dann kommen alle unter Druck. Selbst kurz zur Toilette zu gehen ist unter diesen Bedingungen schwer. Auch das Arbeitsklima hat sich verändert. Früher haben wir uns alle gut miteinander verstanden. Aber die Stimmung unter den Kollegen ist schlechter geworden, seit wir hier am neuen Band sind.

Vasilios Anargyrou: Das Ganze hier ist eher ein Rückschritt. Die maschinellen Hilfen, die eigentlich Erleichterung schaffen sollen, sind oft schwerer als die alten und machen einen bei der Arbeit kaputt. Nicht umsonst haben wir wahrscheinlich mit den höchsten Krankenstand. Außerdem kommen wir ungeschützt mit Schadstoffen in Berührung.

Alexander Rutkowsky: Viele Kollegen haben Angst zu sagen, wo der Schuh drückt. Sie haben Angst vor dem Druck der Vorgesetzten. Oder es wird behauptet: „Das System ist gut, aber die Leute wollen nicht.“ Dabei ist es die Maschine, die total unflexibel ist, wir Beschäftigten aber sollen flexibel sein. Und das bei dieser monotonen Arbeit, wo man 400 oder 500 Mal die gleiche Handbewegung am Tag machen muss.

Peter Hänsch: Heute ist es schlimmer als früher die Fließbandarbeit. Insgesamt ist die Arbeit viel monotoner geworden, nichts mehr überlegen, nur reinschrauben, und die Bedingungen hier machen krank. Viele werden durch die Arbeit hier erst krank, und das verschlechtert natürlich die Stimmung. Die Leute werden komplett fertig gemacht.

Martin Buchholzer: Die Mehrheit hält das hier für einen Rückschritt um mindestens 40 Jahre. Die Taktzeiten sind viel zu knapp, die körperliche Anstrengung ist höher. Die Arbeit selber ist aber nicht interessanter geworden.

Dirk Langenberg: Die Arbeitssituation ist teilweise schon sehr monoton und kurzzyklisch. Bis zur Rente kann man hier nicht arbeiten.

Mehmet Seyhan: Hier ist man total ans Band gebunden. Die Taktzeit ist wahnhaft kurz, jeden Augenblick kommt ein neues Teil.

„Scheibenwischer“: Situation in den Montagebereichen bei Daimler Chrysler Stuttgart

Volldampf zurück in die Steinzeit

STUTTGART, „Ohne Ablösung kann man nicht mal mehr zur Toilette gehen.“ Wenn man in den neuen Montageanlagen mit Kollegen über ihre Situation redet, fällt immer wieder dieser Satz. Und dann fühlt man sich wieder um mindestens zehn Jahre zurückversetzt an die alten Montagelinien mit ihrer engen Taktbindung.

Der schöne Traum von einer „Humanisierung der Montagearbeit“, von Taktentkopplung und Anreicherung der Arbeitsinhalte ist zerplatzt wie eine Seifenblase. Das Unternehmen fährt Volldampf zurück in die Steinzeit. Dabei gab es Mitte 90er Jahre hoffnungsvolle Ansätze.

Taktentkopplung, Mehrfachparallelfertigung, abwechslungsreichere Arbeitsinhalte und Anteile indirekter Tätigkeiten führte bspw. in der Fertigmontage in BC oder in der alten M111 Montage zu einer deutlichen Verbesserung gegenüber den alten Fließbändern der 80er Jahre.

Die M111 Montage gibt es nicht mehr, und in Bad Cannstatt (BC) ist das Rad der Zeit längst wieder zurückgedreht worden. Ein KVP Workshop nach dem anderen hat alle „nicht wertschöpfende Arbeiten“ ausgesondert, und geblieben ist reine Montagearbeit in extrem kurzzyklischem Takt. Keine Rede mehr von belastungsmindernder Abwechslung in der Arbeit, keine Taktentkopplung mehr, um über einen eigenen Arbeitsrhythmus sich ein wenig von der Bandabhängigkeit zu lösen. Stattdessen enge, kurze Takte, monotone Arbeit und ein enges Anbinden an den Montagerhythmus. Diese Kehrtwende rückwärts kann nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Die Montageeinrichtungen in BC und die M111 Linie haben sicher eine höhere Investitionssumme gekostet als die alten Fließbänder. Aber diese Verbesserung der Montagarbeitsplätze Mitte der 90er Jah-

re gab es auch nicht zum Nulltarif.

Ein Preis für die Verbesserung der Arbeitssituation war die Anrechnung von Erholzeiten. Der Weg war richtig. Niemand will menschenunwürdige Arbeitsplätze, an denen man die Arbeit nur mit festvereinbarten Erholzeiten einigermaßen ertragen kann. Trotz weniger Erholzeiten wollte damals niemand mehr von BC zurück ans alte Fließband und ganz aktuell spüren die Kollegen beim M271 drastische Unterschiede gegenüber der deutlich besseren alten M111 Montage.

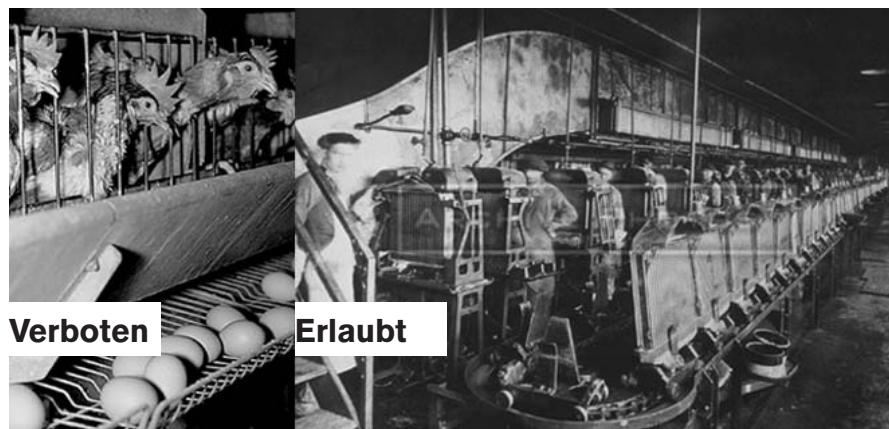
Die Menschen wollten in erster Linie anständige Arbeitsbedingungen – dann waren sie auch bereit, einen Teil der Erholzeiten anzurechnen zu lassen.

Diesen fairen Pakt hat die Firma in der Praxis einseitig aufgekündigt. Die Verbesserungen wurden in den alten Anlagen Schritt für Schritt wieder zurückgenommen, und die neuen Montageanlagen sind meist wieder auf dem Niveau der Fließbandtechnik der 80er Jahre. Aber die Anrechnung der Pausen soll beibehalten werden. Man kann nicht eine Leistung und eine Gegenleistung vereinbaren und dann plötzlich die eigene Leistung einstellen, aber die Gegenleistung nach wie vor fordern. Das ist – zumindest im moralischen Sinne – Vertragsbruch. Und genau das werden die Belegschaft und die IG Metall Betriebsräte nicht akzeptieren.

Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen in den Montagen – wenn die Werkleitung dazu allerdings nicht bereit ist oder in der Lage ist – dann muss es eben wieder Erholzeiten geben, und zwar in vollem Umfang.

Darüber verhandeln wir aktuell mit der Werkleitung. Wobei klar ist: Dies darf keine unendliche Geschichte werden, sondern erfordert eine schnelle Lösung. Wir werden euch auf dem Laufenden halten.

Euer Helmut Lense, (BR-Vorsitzender)





**IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)
Mainfranken**

Arbeitszeitflexi mit vollem Risiko

HASSFURT. (4.1.03, NAH) Die schlimmsten Befürchtungen der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Mainfranken haben sich nach Mitteilung von deren Geschäftsführer Matthias Kirchner bestätigt: die wenigsten Geldguthaben für Arbeitszeitkonten, die bei Flexibilisierung der Arbeitszeit angespart werden, seien gegen Insolvenz gesichert, obwohl das nach den Tarifverträgen für das Baugewerbe eindeutig verlangt werde. Mit dieser Feststellung reagiert die IG BAU auf das Verhalten der ersten Bauunternehmen in der Region, die von der Gewerkschaft aufgefordert worden waren, den Nachweis zu erbringen, wie vorgesorgt sei, dass die Arbeitnehmer ihre angesparten Lohnansprüche im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Firma nicht verlieren. Lediglich die Schweinfurter Firma Riedel-Bau habe der Gewerkschaft eine Bankbürgschaft vorgelegt, die die Arbeitnehmeransprüche im Fall der Fälle ordnungsgemäß absichern würde. Für andere Firmen, die die Aufforderung der IG BAU, Auskunft zu geben, einfach ignoriert hätten, würde die Sache jetzt ein gerichtliches Nachspiel haben. Weise eine Firma die Absicherung nämlich nicht nach, dürfe die Betriebsvereinbarung über die Flexibilisierung der Arbeitszeit nicht mehr durchgeführt und die Geldguthaben müssten an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden, so die Gewerkschaft.

Den Vogel schoss laut Kirchner ein Würzburger Unternehmer ab, der für sei-

ne Firmen in Schweinfurt und Würzburg wissen ließ, „dass die Arbeitszeitkonten über unsere Bilanz abgesichert sind“, weil die Arbeitnehmeransprüche als Verbindlichkeiten bilanziert sind. Für Kirchner, der bislang gemeint hatte, jeder Unternehmer wüsste, was eine Bilanz ist, ist das ein Witz: „Das ist so, als würde ich mit einem dicken Ordner voller unbezahlter Rechnungen meine Zahlungskräftigkeit beweisen wollen.“

Während es in anderen Branchen viel weitreichendere Flexibilisierungsbestimmungen für die Arbeitszeit gibt, ist die Flexi unter Bauarbeitern besonders unbeliebt. Das führt Kirchner darauf zurück, dass die tariflichen Bestimmungen betrieblich zu weit ausgedehnt würden und zu einer Arbeitsverdichtung im Sommer führen, ohne dass die Arbeitnehmer dafür Überstundenzuschläge bekämen. Die Arbeitsverhältnisse würden durch die Flexi zu wenig über die Winterzeit aufrechterhalten. Flexi bedeutet entgegen dem Willen der Tarifparteien Saisonarbeit im Sommer und Saisonarbeitslosigkeit im Winter. Kirchner: „Die Zahlen über winterarbeitslose Bauarbeiter werden in der nächsten Zeit den Skandal aufdecken. Wir haben jetzt schon Kündigungsschutzklagen für Kollegen vorbereitet, aus deren Abrechnungen ersichtlich ist, dass sie mit Guthabenstunden zum Arbeitsamt geschickt werden.“

Der Tarifvertrag für das Baugewerbe lässt zu, dass Arbeitgeber und Betriebsräte per Betriebsvereinbarung ein Stunden-Ansparmodell von bis zu 150 Stunden verabreden, nach dem die Entlohnung erst dann auszuzahlen ist, wenn der Stundenausgleich erfolgt. „Es handelt sich somit um einen Kredit der Arbeitnehmer für die Firma, der gegen Insolvenz gesichert werden muss“, erläutert IG BAU-Geschäftsführer Matthias Kirchner. Wenn die Insolvenzsicherung unterbliebe, hätten Arbeitgeber und Betriebsräte dann zwar die volle Verantwortung für einen Totalverlust der Geldguthaben bei Zahlungsunfähigkeit der Firma, den Schaden allerdings alleine die Arbeitnehmer. Kirchner: „Die Arbeitnehmer beweisen die allseits geforderte Flexibilität, aber wenn etwas schief geht, sind sie die Gelackmeierten. Wenn ein Bauarbeiter ein Monatseinkommen verliert, ist Schmalhans Küchenmeister.“ In betriebslosen Firmen müsste jeder Arbeitnehmer selbst entscheiden, ob er sich auf Flexibilisierung einlässt.

Der Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe verlangt als Absicherung der Arbeitszeitkonten die Hinterlegung der Geldguthaben auf außerbetrieblichen Konten, wie zum Beispiel bei der Zusatzversorgungskasse der Bauwirtschaft in Wiesbaden, oder eine Bankbürgschaft. Kann eine Firma die Absicherung nicht nachweisen, darf die Betriebsvereinbarung über die Flexibilisierung der Arbeitszeit nicht mehr durchgeführt und die Geldguthaben müssen an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden.

BDI und BDA drängen zur Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes. HB, Freitag/Samstag, 27. / 28. 12.2002. – Einen zügigen Kompromiss zwischen Regierung und Opposition fordern BDI und BDA zur Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes, damit gar nicht erst der Vermittlungsausschuss tagen müsse: „In einer globalisierten Welt benötigen wir Ideenträger aus aller Welt. Mittel- und langfristig könnte der Mangel an Fachkräften zu einem Haupthindernis der Entwicklung der deutschen Wirtschaft werden“, so Rogowski. E. Stoiber, CSU-Chef, sieht mit der Regierung keine Einigungsmöglichkeit, da das rot-grüne Gesetz seiner Ansicht nach zu einer „völlig neuen“ Republik führe.

Kommunales Investitionsprogramm gefordert. – FAZ, Freitag, 3.1.03. – Nach den Worten des Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes, Schramm befinden sich die Städte und Gemeinden in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Er fordert ein kommunales Bundes-Investitionsprogramm von 10 Mrd. Euro. Das Geld solle für Baumaßnahmen genutzt werden. Die Kommunen sähen sich gezwungen, bei den Investitionen zu kürzen, was dazu führe, dass weniger gebaut werde, private Anschlussinvestitionen unterblieben und Arbeitsplätze wegfielen. Nach jüngster Steuerschätzung hätten die Kommunen im vergangenen Jahr 2,5 Mrd. Euro an Steuereinnahmen verloren. Schramm sprach sich für Erhalt der Gewerbesteuer aus.

Deutsche Raumfahrtindustrie fordert Unterstützung von der Regierung. – HB, Dienstag, 7.1.2003. – Die deutsche Raumfahrtindustrie bangt um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit und kritisiert dafür die Bundesregierung. Grund dafür sind der gescheiterte Start für das europäische Navigationssystem Galileo sowie die vorgesehenen Kürzungen im Bundeshaushalt 2003 für die Raumfahrt. Forschung und Wissenschaft litten bei Kürzungen massiv, nationale und internationale Absprachen und Verträge müssten gekündigt werden, so der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrt.

Pfanddosen müssen nicht verwertet werden. – FAZ, Freitag, 10.1.03. – Lt. Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) unterliegen die mit dem Pflichtpfand belegten Dosen und Wegwerfflaschen derzeit keinem Verwertungszwang. Werde diese Regelungslücke nicht geschlossen, wanderten die recyclingfähigen Produkte auf die Hausmülldeponie.

Presseauswertung: rst

Beschluss des Parteivorstandes der PDS vom 13.1.2003

**Kein Krieg gegen den Irak
Aufruf an die Mitglieder der PDS**

Die Welt steht vor dem Abgrund eines neuen Krieges. Die USA sind zu einem Angriff auf den Irak entschlossen. Menschenrechte sichern und Massenvernichtungswaffen zerstören wird ein neuer Golfkrieg kaum, dafür um so mehr Menschen töten, Umwelt vergiften, Städte und Gemeinden in Trümmer legen. Die neue Weltordnung, welche die USA durchsetzen will, ist von Krieg, Bruch des Völkerrechts, wirtschaftlicher Ausbeutung begleitet. Dagegen leisten wir Widerstand!

Die Bush-Administration will den Krieg. Noch nicht entschieden ist, ob sie ihn vom Zaun brechen kann. Wenn die weltweite Ablehnung des Krieges in weltweiten Widerstand umschlägt, kann ein neuer Golfkrieg verhindert werden. In dieser Stunde rufen wir alle PDS-Mitglieder auf, alles zu tun, den Krieg noch aufzuhalten! Frieden braucht Bewegung.

Deutschlands Wort, zumal nun als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates, hat Gewicht in der Entscheidung, ob es zum Krieg kommt. Das „ohne uns“ von Kanzler Schröder wurde weltweit beachtet. Was die Bundesregierung jetzt aber sagt und tut, ist im Zwielicht und doppeldeutig. Die Bürgerinnen und Bürger wollen Klarheit. Die PDS fordert: Nein zum Krieg gegen den Irak im Weltsicherheitsrat! Nein dazu, dass unser Land für Aufmarsch und Nachschub missbraucht wird! Nein zu deutschen Panzern in Kuwait und der Marine am Horn von Afrika! Nein zur Co-Finanzierung des Krieges! Ja zum Völkerrecht und Ja zum Grundgesetz. Die Beteiligung an einem Angriffskrieg ist verfassungswidrig und ein Bruch des Völkerrechts. Deswegen hat der außenpolitische Sprecher der PDS den Bundeskanzler wegen Beteiligung an der Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen den Irak beim Generalbundesanwalt angezeigt.

Die PDS trägt Mitverantwortung, dass aus der Anti-Kriegsstimmung der Bevölkerung mehr Anti-Kriegsbewegung wächst. Diese gesellschaftliche Verantwortung können wir nicht delegieren. Wir gehen mit politischer Verantwortung nicht leichtfertig um. Die sechs PDS-Ministerinnen und Minister in den Landesregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben sich gemeinsam und öffentlich gegen den Krieg gewandt. Das hat uns ermutigt und andere bestärkt. Ihr Wort hat Gewicht auch bei Kriegsgegnern in der SPD und bei den Grünen.

Jetzt ist jede und jeder von uns gefordert, ob Minister, Abgeordnete oder PDS-Mitglieder, die politischen Hand-

lungsmöglichkeiten zu nutzen, um gegen jede Form deutscher Unterstützung oder Beteiligung zu wirken.

Jetzt ist es Gebot der Stunde, aus der Zivilgesellschaft heraus Druck gegen den Krieg zu erzeugen.

Jetzt müssen wir dazu beitragen, dass sich Angst und Wut in Widerstand verwandeln.

Indem wir jetzt als Teil der Friedensbewegung handeln, machen wir den vielen Menschen, die Nein denken, Mut, auch Nein zu sagen.

Wir rufen alle Mitglieder PDS auf:

- Leistet Widerstand jetzt hier und heute. Argumentiert gegen den Krieg in euren Familien, mit euren Nachbarn und Kollegen, in Vereinen, Versammlungen. Schreibt gegen den Krieg Flugblätter, Zeitungen, Leserbriefe.
- Werbt in Parlamenten und Kommunalvertretungen für den Prignitzer Appell, sammelt Unterschriften.
- Organisiert Mahnwachen, Infostände, Schweigeminuten, größere und kleinere Demonstrationen, setzt vor Ort Zeichen. Vorerst allein wo nötig, mit anderen zusammen wo immer möglich.
- Bereitet euch vor, am 15. Februar 2003, dem Global Action Day, an der bundesweiten Demonstration in Berlin teilzunehmen oder an eurem Ort eine Demonstration zu organisieren.

Erklärung der Friedensdelegation auf dem Weg in den Irak vom 15.1.2003

Frieden ist Menschenrecht

Seit Monaten wird ein möglicher Krieg gegen den Irak systematisch vorbereitet. Immer wieder präsentiert uns die Bush-Administration neue Gründe für die Notwendigkeit dieses Krieges: die Massenvernichtungswaffen im Besitz des Irak, seine Verbindung zu Al Qaida, der notwendige Regimewechsel wegen der massiven Menschenrechtsverletzungen der irakischen Regierung. Die Regierung Großbritanniens teilt diese Ansichten.

Täglich hören wir, wie diese beiden Regierungen ihre Soldaten und ihre Militärmaschinerie auffahren und ihre Drohungen aufrecht erhalten. Wir hören, dass die Exilopposition die politischen Programme für die Zeit nach der Eroberung vorbereitet und zuletzt, dass die US-Regierung mit einer Besatzungszeit von 18 Monaten rechnet. Auch die Kosten eines solchen Krieges sind bereits berechnet: 50 bis 200 Milliarden US-Dollars. Bei so viel Planung und Entschlossenheit erscheint der Krieg fast unausweichlich, dagegen zu opponieren scheint völlig aussichtslos. Wir, eine Friedensdelegation von 9 Menschen aus Berlin, Bielefeld, Bonn, Darmstadt, San Francisco, Siegen und Tübingen, wollen uns nicht mit einem Gefühl von völliger Macht- und Hilflosigkeit zufrieden geben.

Wir sehen vielmehr, dass es in ganz Europa eine starke Opposition gegen diesen geplanten Krieg gibt und dass die Oppositionsbewegung auch in den USA mehr und mehr wächst. Die großen Friedensdemonstrationen in den USA, in London und Florenz sind ein Zeichen dafür. Zu Weihnachten und um die Jahreswende warnten viele Kirchenführer bis hin zum Papst vor einem solchen Krieg. Internationale Ärzte beziffern die Zahl der möglichen Toten zwischen 200.000 und 3,9 Millionen Menschen. In einer UN-Studie wird sogar mit einer halben Million ziviler Opfer eines Irak-Krieges gerechnet, weitere 400.000 würden unmittelbare ärztliche Hilfe benötigen, die aber als Folge der nun schon 12 Jahre andauernden Sanktionen nicht zur Verfügung steht.

Wir haben uns entschlossen nach Bagdad und Basra zu fahren, um den Menschen im Irak zu zeigen, dass sich unzählbar viele Menschen auf der Welt gegen diesen Krieg wenden, dass Frieden ein Menschenrecht für alle Menschen auf dieser Welt darstellen muss.

Wir sehen unsere Reise als einen kleinen Beitrag von vielen Friedensaktionen gegen den Krieg. Wir möchten die Menschen im Irak nicht allein lassen.

Es gibt keinen einzigen Grund, der diesen geplanten Krieg gegen den Irak rechtfertigt.

Dieser Krieg wäre ein Angriffskrieg, mit katastrophalen Folgen für die Menschen und die Umwelt. Er würde die gesamte Region destabilisieren und die UN mit ihrem Regelwerk zur Verhütung von Kriegen zerstören.

Wir sind überzeugt, dass eine Verbesserung der Menschenrechtssituation im Irak nur durch eine Reintegration des Landes zu erreichen ist und nicht durch eine weitere Isolation. Kriege können keine Menschenrechte herstellen, Krieg ist selbst die schwerste Menschenrechtsverletzung.

Wir fordern deshalb

- die sofortige Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen der europäischen Länder mit dem Irak
- die Aufhebung des Embargos
- ein entschiedenes Nein unserer Regierungen zu diesem Krieg.

Alice Bianchi – Archäologin, Tübingen; André Brie – Abgeordneter des Europaparlament, Berlin; Angelika Claußen – Ärztin, Vorsitzende IPPNW Deutschland, Bielefeld; Bernd Klagge – IT-Techniker, Bonn; Marla Ruzicka – Global Exchange, San Francisco; Gabriele Senft – Fotografin, Berlin; Manfred Wagner – Darmstädter Signal, Darmstadt; Hans Wenzl – Psychiater, Siegen; Inge Wenzl – Politologin, Journalistin, Siegen

www.irakdelegation.de und www.embargos.de
Kontakt: Organisation Irak-Delegationen – Annette Schiffmann – Heidelberg 06221-800313, anna.schiff@t-online.de

Was will uns der Künstler damit sagen?

Bilder als Kommunikations-Mittel

Von Hans Waschkau

Freundlicherweise hat Brigitte Wolf, Stadträtin der PDS im Münchener Rathaus, mir die Möglichkeit gegeben, Bilder in ihrem Büro auszustellen. Ihrer Bitte, etwas zu meinen Bildern für die Zeitschrift „Mit LINKS für ein solidarisches München“ zu schreiben, komme ich deshalb gerne nach. Da ich gerade dabei bin theoretische Grundlagen für mein künstlerisches Schaffen zu erarbeiten, nutze ich die Gelegenheit dazu, meine bisherigen Überlegungen zusammenzufassen. Dabei möchte ich mich auf die Frage konzentrieren, inwieweit Kunst zur Übermittlung von sozialen und politischen Inhalten geeignet ist. Malerei – die Kunstart, in der ich mich auskenne – steht dabei im Vordergrund. Für Kritik oder Anregungen wäre ich dankbar.

Dass die „moderne Kunst“ (sicherlich die wichtigste Kunstrichtung des letzten Jahrhunderts, die sich in nach dem Zweiten Weltkrieg im westlichen Block sogar als herrschende Kunst etablieren konnte) für Kunst als Kommunikationsmittel nicht viel übrig hatte, zeigt ein Zitat von Konrad Paul Liessmann (geb. 1953, Professor für Philosophie in Wien) aus dem Buch „Philosophie der modernen Kunst“. Dort schreibt er unter Berufung auf Immanuel Kant (1724–1804): „Kant macht deutlich, dass es schöne und hässliche Dinge in der Natur und im Leben geben kann, dass aber diese in der Kunst einer Verwandlung unterworfen werden, die auch die schöne Darstellung des Hässlichen erlaubt: ‚Die schöne Kunst zeigt eben darin ihre Vorzüglichkeit, dass sie Dinge, die in der Natur hässlich oder missfällig sein würden, schön beschreibt.‘ [Zitat von Kant] Kant führt ... als Beispiele dafür Furien, Krankheiten und Verwüstungen des Krieges an, die als solche schädlich sind, doch schön dargestellt werden können ... Indem der künstlerische Schaffensprozess noch das Widerwärtigste zu einem Gegenstand einer rein ästhetischen Betrachtung machen kann, ist nichts aus dem Bereich des Kunstschönen prinzipiell auszuschließen. Die Versu-

che mancher Künstler, diesen Zirkel zu durchbrechen, und durch ihre Kunst gerade Abscheu und Ekel zu provozieren, sind dann auch mehr als zweideutig: Denn der sogenannte Kunstkennner reagiert mit einer Beurteilung der ästhetischen Qualität, reagiert als nicht wie gewünscht; und derjenige, der auf solche Provokation mit Abscheu – also im Sinne des Künstlers, der provozieren wollte – reagiert, wird nur allzuoft als Banause und Kunstfeind veracht. An Kant lässt sich vielleicht noch immer lernen, dass die ästhetische Urteilskraft tatsächlich ohne alle Interessen funktioniert und funktionieren muss, und dass alle Versuche, durch Adressierung dieser Urteilskraft, also durch Kunst etwas anderes zu erzeugen, etwa Ekel, aber auch Betroffenheit oder Engagement, ins Leere laufen müssen.“

In dem von Liessmann dargelegten Beispiel des Künstlers, der provozieren will, handelt es sich offensichtlich um Kommunikation zwischen dem Künstler und dem Betrachter. Dabei weist Liessmann auf zwei beteiligte Wahrnehmungsarten hin – das ästhetisches Empfinden sowie die gefühlsmäßige Reaktion. Da der Künstler nicht weiß, welche Wahrnehmungsart der Empfänger verwendet, kann er nicht darauf vertrauen, dass das, was er ausdrücken will, in der

beabsichtigten Weise bei diesem ankommt. Liessmann beseitigt diese Mehrdeutigkeit, indem er sich auf Regeln beruft, wie Kunst richtig wahrzunehmen sei. Bei Nichteinhaltung der Regeln droht soziale Ächtung – wer möchte schon gerne „Banause“ oder „Kunstfeind“ sein, und welcher Künstler möchte für solche Leute Kunst produzieren? Die Regeln, die Liessmann als Beweis anführt, sind aber gerade die Regeln der „modernen Kunst“, deren Absolutheitsanspruch er so mit ihnen selber begründet.

Um Missverständnissen vorzubeugen – auf die Erkenntnisse Kants sollte keinesfalls verzichtet werden. Kant beschreibt die ästhetische Wahrnehmung als eigenständige Wahrnehmungsart neben der Lust am Angenehmen und dem Wohlgefallen am Guten bzw. Vernünftigen. Das ästhetische Geschmacksurteil ähnelt der Lust am Angenehmen, weil es unabhängig vom Verstand ist. Während aber hinter der Lust das Interesse an der Befriedigung von Bedürfnissen (z.B. satt zu werden) steckt, ist ästhetische Wahrnehmung frei von Interessen. Das Empfinden von Schönheit ähnelt jedoch auch dem Wohlgefallen am Vernünftigen, weil ein als schön empfundener Anschauungsgegenstand den Eindruck von Gesetzmäßigkeit vermittelt – einen ersichtlichen Grund gibt es aber dafür nicht. Heute sagt man zum Beispiel, dass ein gutes Bild funktionieren müsse, ohne dass man jeweils erklären kann, was dieses Funktionieren ausmacht.

Aus den Überlegungen Kants zum ästhetischen Empfinden lässt sich folgern, dass auch Bilder, die politische oder andere Inhalte ausdrücken sollen, zuallererst gute Bilder sein müssen, die den Anforderungen des ästhetischen Empfindens genügen müssen, während Erkenntnisse oder Ideen, die in Bilder umgesetzt wurden, ohne dies zu beachten, gewollt und zwanghaft wirken. Aber die von Liessmann propagierte Ächtung aller anderen Wahrnehmungsarten bei der Betrachtung von Kunstwerken ist nicht nachvollziehbar, auch wenn sie gängige Praxis sein mag. Indem er der Kunst die Möglichkeit von Bedeutung abspricht, beraubt er sie um einen großen Teil ihrer Spannung, weil er damit eben auch ihre Mehrdeutigkeit beseitigt. Es ist ärgerlich, dass Liessmann das Thema nur ganz oberflächlich streift, um ein Vorurteil festzuklopfen,



wo doch die Probleme, die entstehen, wenn versucht wird, mit Hilfe von Kunst zu kommunizieren, durchaus eine gründliche Betrachtung verdienen.

Wenn jemand bei anderen Abscheu und Ekel erregen will, dann handelt es sich um eine sehr schlichte Kommunikation, da es lediglich darum geht, mit Hilfe eines Reizes eine Emotion hervorzurufen. Mehrdeutigkeit kommt erst ins Spiel, wenn dafür als Medium Kunst verwendet wird. Dagegen ist der Versuch, mit Hilfe von Kunst Engagement zu erzeugen, bereits eine sehr viel kompliziertere Form der Kommunikation, weil dabei die Verhaltensweisen von Menschen verändert werden sollen. Dieser Versuch ist nicht einmal dann sehr aussichtsreich, wenn als Kommunikationsmittel Sprache verwendet wird. Denn dabei geht es darum, jemanden dazu zu bringen, einen Teil seines Geldes oder sogar seiner Zeit für ein bestimmtes Anliegen zu opfern, wozu ein überzeugender Appell an seine Vernunft oder aber eine Verschiebung des Normensystems, an dem die- oder derjenige seine Handlungen ausrichtet, erforderlich wäre. Wer dies mit einem Bild versucht, beweist nicht die Unmöglichkeit von Kommunikation durch Kunst, sondern eher, dass sie oder er sich einfach zu viel vorgenommen hat.

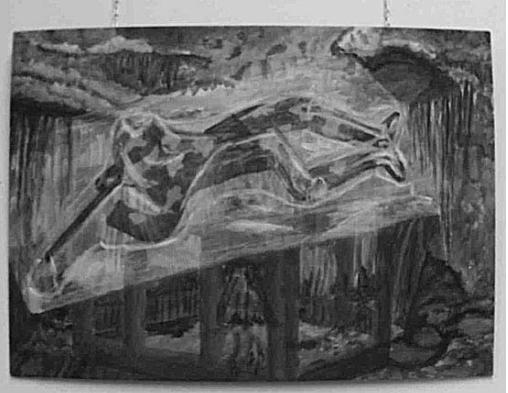
Schon bei der Kommunikation mit Sprache kann von Eindeutigkeit keine Rede sein. Denn wer jemanden etwas mit-

praktisch unmöglich, dass eine Mitteilung genau so verstanden wird, wie sie gemeint war. Dabei handelt es sich bei Sprache immerhin um eine genormte Form von Mitteilungen, die es zudem zulässt nachzufragen, wie etwas denn gemeint war und welche Erfahrungen hinter einer Mitteilung stehen. Da Kunst aber heute nicht mehr genormt ist (insbesondere bei der Kirchenkunst war dies lange Zeit anders), wird der Betrachter eines Kunstwerkes nie das verstehen, was sich der Künstler dabei gedacht hat. Statt dessen reagieren die Betrachter auf Bilder, die etwas bedeuten sollen, mit ihren Assoziationen und erfinden dazu eigene Bedeutungen oder sogar eigene Geschichten. Dies macht sogar einen Großteil des Vergnügens beim Anschauen aus. Damit wird aber der Spielraum für Kunst, die irgendwelche Inhalte rüberbringen will, ausgesprochen eng: Besteht doch die Gefahr, dass die Mehrdeutigkeit von Bildern zur Beliebigkeit bei ihrer Interpretation führt.

Immerhin gibt es Zeichen, die zumindest von allen Menschen, die aus dem gleichen Kulturkreis stammen, in ähnlicher Weise verstanden werden. Innerhalb der Linken ist z. B. die Darstellung von Ernesto Che Guevara (1928–1967) so

beliebt, weil sich dessen Tod fast bruchlos in das ungefähr 2000 Jahre alte Symbol des Sterbens von Jesus Christus (gestorben für das Volk, schon die meist verwendeten Bilder des Commandante erinnern an den Sohn Gottes) einfügt. Dieses Symbol ist derart wirkungsmächtig, dass praktisch niemand bei einem Bild von Che sich Gedanken macht über Sinn oder Unsinn seines Konzeptes des Revolutionsexportes, dessen Scheitern ihn letztlich das Leben gekostet hat. Allzu viele solcher Symbole, die einigermaßen allgemeinverständlich sind, gibt es heute nicht mehr. Wer von allen Rezipienten in gleicher Weise verstanden werden will und deshalb diese Symbole verwendet, gerät

außerdem in die Gefahr, Weisheiten zu wiederholen, die bereits Jahrtausende alt sind – ohne Nutzanwendung auf Probleme, die sich heute stellen. Natürlich ist es möglich, die eingefahrenen Sehgewohnheiten, die mit einem allgemeinen Symbol verbunden sind, zu variieren oder das Symbol um aktuelle Konsequenzen zu ergänzen – die Allgemeinverständlichkeit droht so aber wieder verloren zu gehen. Wer mit Hilfe von Kunst etwas Neues sagen will, kommt daher um das Problem der Mehrdeutigkeit und der damit verbundenen Gefahr der Beliebigkeit nicht



herum.

Der amerikanische Philosoph Nelson Goodman (1906–1998) hat trotz der Entwicklungen der modernen Kunst daran festgehalten, dass Kunstwerke (sogar abstrakte Gemälde) eine Bedeutung haben und zum „Erfassen, Erkunden und Durchdringen der Welt“ beitragen müssen. Allerdings muss nicht nur der Künstler, sondern auch der Rezipient von Kunstwerken sich anstrengen, da Kunst gelesen und mitunter mühsam entziffert werden muss. Kunstwerke sind für Goodman komplexe Symbole. Symptome des Ästhetischen (in Abgrenzung zur Wissenschaft) bestehen in folgenden Punkten: Durch minimale Differenzen entsteht bereits ein neues Symbol; auch die feinsten Unterschiede von Dingen, Eigenschaften und Emotionen können durch ein Symbol erfasst werden; jede Einzelheit des Symbols ist bedeutsam; ein Kunstwerk sagt nicht nur etwas, sondern zeigt auch was es sagt. Allerdings ist Goodman ein Gegner von Mehrdeutigkeit und entwirft ein mathematisch exaktes Regelwerk für Symbolsysteme, das auch für Kunst gültig sein soll – was aber, wie bereits dargelegt, unmöglich ist. Die Dozentin Christel Fricke (geb. 1955) aus Heidelberg hat Goodmans Theorie in einer Weise weiterentwickelt, die diesem Mangel abhilft. Sie sieht in einem Kunstwerk ein „freies Zeichen“, das zum Finden von eindeutigen Bedeutungen einlädt, das aber trotzdem die Mehrdeutigkeit nicht verleugnet, so dass verschiedene Betrachter zu unterschiedlichen, in gleicher Weise überzeugenden Deutungen kommen können. Diese Kunstauffassung scheint geeignet zu sein, soziale und politische Fragen in Kunstwerken zu behandeln, ohne dass Künstler sich und die Betrachter mit dem Versuch, eindeutige Aussagen zu machen, unter Druck setzen müssen. Dass derartige Kunst bei Fricke für die Interpretation von Kunstwerken als „freie Zeichen“ eine Rolle gespielt hat, zeigen die Beispiele mit denen sie ihre Theorie illustriert.

In Kunstwerken, die als „freie Zeichen“ funktionieren sollen, können ganz persönliche Symbole zum Einsatz kommen, die von verschiedenen Betrachtern jeweils ganz unterschiedlich gedeutet werden. Wenn aber Kommunikation über allgemeine Anliegen erwünscht ist, muss den Betrachtern auch die Chance gege-



Stefan Britt, Acryl, Originalgröße: 1,20 m x 1,20 m.

teilen will, muss zunächst seine Gedanken in Zeichen übersetzen. Der Empfänger wiederum muss die Zeichen in seine Gedankenwelt rückübersetzen. Sowohl bei der Übersetzung eines Gedankens in Zeichen wie auch bei der Rückübersetzung in Gedanken geht immer der Erfahrungshorizont der jeweiligen Person mit ein. Diese mögen zwar bei Menschen, die dem gleichen Milieu oder dem gleichen System angehören, ähnlich sein, ganz gleich sind sie aber nie, da immer ein ganz individueller Rest bleibt, der für andere nicht zugänglich ist. Damit ist es

ben werden zu verstehen, worum es bei dem jeweiligen Kunstwerk geht. Dazu reicht es, wenn einige wenige der verwendeten Symbole (oder auch nur eines) auf die Thematik verweisen, die angesprochen werden soll (dazu ist dann auch Che Guevara wie im Bild von Stefan Britt geeignet). Wenn das Kunstwerk dann gelingt, kann es eine Fülle unterschiedlichster Assoziationen zur künstlerisch ausgedrückten Problematik hervorrufen. Schon dies hat einen positiven Effekt, da es den in der Linken leider immer noch

vorhandenen Absolutheitsanspruch von politischen Aussagen dämpfen kann. Hinter den verschiedenen Assoziationen stecken aber auch eine Fülle von unterschiedlichen Erfahrungen. Während in diesem Beitrag individuell verschiedene Erfahrungshorizonte bisher nur erwähnt wurden, weil sie eine Kommunikation verhindern, die von allen Beteiligten in gleicher Weise verstanden wird, handelt es sich dabei jedoch gleichzeitig um einen Reichtum. Für die Lösung von schwierigen Problemen – wie in der BRD

derzeit dringend erforderlich – sind tatsächlich alle Erfahrungen erforderlich. Auch das kann ein gutes Kunstwerk deutlich machen.

Quellenhiweis: Konrad Paul Liessmann, Philosophie der modernen Kunst, WUV-Univ.-Verl., Wien (UTB für Wissenschaft: Mittlere Reihe; 2088), Zitat auf S. 26/27 • Bernd Porr, Systemtheorie, Hausarbeit im Rahmen des Seminars: Medien stellen Medien dar, <http://www.neurop.ruhr-uni-bochum.de/~porr/luhmann3/luhmann3.html> • Nelson Goodman, Sprachen der Kunst – Entwurf einer Symboltheorie, Suhrkamp, Frankfurt a.M. • Christel Fricke, Zeichenprozess und ästhetische Erfahrung, W. Fink, München

Die Tübinger Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft als Teil eines globalen Netzwerks neoliberaler „Think Tanks“

Tübingen ist keine Insel...

Redebeitrag zum globalen Aktionstag gegen den Neoliberalismus am 20.12.2002, gehalten von der Aktionsgemeinschaft zur Überwindung der Marktwirtschaft

Was hat mensch sich unter neoliberalen Think Tanks vorzustellen? Es handelt sich um meist privat finanzierte halbwissenschaftliche Institute, die mit Produktion und Verbreitung neoliberalen Gedankenguts beschäftigt sind. (Ich stell mir die vereinfacht als eine Art Maschine vor: Oben werden empirische Wirtschaftsdaten eingespeist. In einem ersten Arbeitsgang werden dann die Daten herausgefiltert, die das liberale Theoriegebäude stützen. Der Rest der Daten wird entsorgt. Mit den gewonnenen Daten werden dann in einem zweiten Arbeitsgang Pamphlete unterfüttert. Pamphlete, die der Welt erklären, warum der Neoliberalismus ihr einziger möglicher und ihr einziger wünschenswerter Zustand ist. Diese Pamphlete werden schließlich von der Maschine in einer großen Zahl ausgespuckt. Die Maschine ist natürlich wie alle modernen Maschinen programmierbar. In diesem Fall auf bestimmte Zielgruppen und bestimmte Konflikte.)

Weltweit gibt es mehrere hundert solcher Think Tanks. Damit haben sich die führenden Köpfe der neoliberalen Bewegung Instrumente geschaffen, mit deren Hilfe sie sich in höchst unterschiedliche Auseinandersetzungen einmischen können. Sie verfügen nicht nur über Strategien zur Bestimmung des öffentlichen Diskurses, sie können auch flexibel und punktgenau auf öffentliche Kritik am Neoliberalismus reagieren.

Ein Beispiel sind die aktuellen Verhandlungen um die geplante Freihandelszone der Amerikas (FTAA). Hier reagierte das berüchtigte Fraser Institut aus Vancouver auf die vielerorts wiederaufflammende Kritik an der neoliberalen Freihandelsdoktrin. In Zusammenarbeit mit Großkonzernen, Banken und Wirtschaftsverbänden fährt sie derzeit eine breite Imagekampagne für den freien Fluss von Gütern, Dienstleistungen, Ideen und Informationen (wohlgerne nicht von Personen).

Die neoliberalen Think Tanks sind über die Mont Pelerin Gesellschaft (MPS) miteinander verflochten. Diese wurde von Friedrich August von Hayek Ende der 40er Jahre gegründet als geistige Gegenbewegung zu Keynesianismus, Sozialismus und Wohlfahrtsstaat. Zu den wichtigsten Zielen gehörte von Anfang an der kompromisslose Kampf gegen die Gewerkschaften. Dazu ein Zitat von Hayek: „Wenn daher irgend eine Hoffnung auf Rückkehr zu einer freien Wirtschaft bestehen soll, muss die Frage, wie die Macht der Gewerkschaften sowohl im Gesetz als auch tatsächlich entsprechend eingeschränkt werden kann, eine der aller wichtigsten sein, der wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.“

Anders als von ATTAC manchmal behauptet, steht die liberale Bewegung keinesfalls auf Kriegsfuß mit einem starken Staat. Dazu ein anderes Zitat von Hayek zum Pinochet Regime in Chile: „Eine freie Gesellschaft benötigt eine bestimmte Moral, die sich letztlich auf die Erhaltung des Lebens beschränkt: Nicht auf die Erhaltung allen Lebens, denn es könnte notwendig werden, das eine oder andere individuelle Leben zu opfern zugunsten der Rettung einer größeren Anzahl anderer Lebens. Die einzige gültigen moralischen Maßstäbe für die ‚Kalkulation des Lebens‘ können daher nur sein: das Privateigentum und der Vertrag.“ Dazu passt, daß auch nationalliberale Politiker wie Jörg Haider regelmäßig auf MPS-Treffen gesichtet werden.

Dem MPS geht es nicht um Tagespolitik. Es geht um die Propagierung und langfristigen Durchsetzung der sozialdarwinistischen Utopie eines totalen Marktes, in dem alles und jedes zur Ware wird.

Die von Joachim Starbatty geleitete Tübinger ASM ist Teil des Netzwerkes neoliberaler Think Tanks. Der Vorsitzende der Mont-Pélerin-Gesellschaft, der Kölner Professor Christian Watrin, ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des ASM. Ein Schwerpunkt des ASM ist die Förderung liberalen Denkens bei Jugendlichen. Dazu wurde ein Planspiel entwickelt, das Schülern die Möglichkeit

bietet „Grundkenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge zu erwerben“. Zufällig gewinnt in diesem Spiel immer derjenige, der sich besonders konform zur neoliberalen Wirtschaftslehre verhält.

Die ASM ist über den wissenschaftlichen Beirat außerdem verflochten mit dem Frankfurter Institut – Stiftung Marktwirtschaft und Politik. Dieses gilt als das Bindeglied zwischen neoliberaler Wirtschaftstheorie und Politik in Deutschland. Das Frankfurter Institut verlegt so nette Bücher wie das von Peter Gillies mit dem Titel *marktwirtschaft.de*. In diesem Buch wird versucht, dem um sich greifenden Unbehagen gegenüber dem Neoliberalismus entgegenzuwirken. Eine kleine Kostprobe daraus:

„Der Wettbewerb, jenes Prinzip von Vorstoß und Verfolgung, also die Jagd nach der möglichst besten und preiswertesten Lösung, ist das Zentrum des marktwirtschaftlichen Leitbildes. Beim Sport hat niemand Probleme damit. Das Prinzip, stets der höheren und besseren Leistung nachzujagen, wird dort allgemein akzeptiert. Da geht es um Zentimeter und Tausendstelsekunden. Das Publikum spendet brausenden Beifall. Nie käme es auf den Gedanken, dem Letztplatzierten etwa deswegen zu applaudieren, weil es sich um einen Alleinerzieher mit psychosozialen Problemen handelt. Beim Kampf um die sportliche Höchstleistung wird kein Pardon gegeben.“

An diesem Textbeispiel wird deutlich, welches Menschenbild hinter dem Neoliberalismus steckt.

Das perfide am Neoliberalismus ist, dass er gleichzeitig eine Wirtschaftstheorie, eine Wirtschaftspolitik und eine Ideologie ist. Das verschafft ihm sein hohes Durchsetzungspotential.

Die Ideologie schleicht sich in die Köpfe, indem sie sich als wissenschaftliche Theorie tarnt (die sie zur Hälfte auch ist, aber eben nur zur Hälfte). Damit öffnet sie der neoliberalen Politik die Türe. Alles scheint dann wunderbar logisch, weil die Politik die Realität so formt, dass sie der Theorie wiederum zum Beweis dient.

Die Verbreitung und wissenschaftliche

Bemängelung der neoliberalen Ideologie, das ist, nochmals zusammengefasst, die Aufgabe der weltweit vernetzten neoliberalen Think Tanks, das ist auch die Funktion der Tübinger ASM.

Quellen:

„Wissen braucht Bewegung – Initiative für einen Paradigmenwechsel“, Vortrag von Tobias Kröll auf dem ATTAC-Kongress 2002
„Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pelerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung“, Dieter Plehwe, Bernhard Walpen 1999
„Im Netz der Denker“, Dieter Plehwe 2002

Aktionsgemeinschaft zur Überwindung der Marktwirtschaft, c/o Infoladen Schellingstr. 6, Tübingen

Freie Radios

Nachrichtenaustausch „zip-fm“

Die Redaktion des Nachrichtenaustauschmagazins zip-fm traf sich jetzt vom 9. bis 12. Januar 2003 in St. Georgen/Schwarzwald), davor am Wochenende 2./3. November 2002 in Dresden, um eine erste Bestandsaufnahme nach Aufnahme des Regelbetriebs vorzunehmen. Davor wiederum 31.8./1.9.2002 in Marburg, um den Sendestart vorzubereiten.

Bereits seit Anfang Oktober 2002 produzieren mehrere lokale Alternativradios gemeinsam ein politisches Nachrichtenmagazin und tauschen die jeweils halbstündige Sendung übers Internet miteinander aus.

Mittlerweile sind die Reaktionen aus der Radioszene auf den Probelauf denn auch einhellig positiv. In Nürnberg hatte es zwar schon vor dem Start von zip-fm noch regelmäßige Info-Sendungen gegeben. Jetzt seien die Inhalte dort aber vielfältiger, und auch die Formen der Berichterstattung seien erweitert worden, erzählt Liebler. Auch für seinen Kollegen aus Marburg, Steffen Kähnner, ist das Magazin eine Bereicherung. „Es finden viele inhaltliche Diskussionen zwischen den Städten statt“, früher seien die Info-Sendungen in Marburg ein zufälliges Sammelsurium von Themen gewesen, jetzt werde viel bewusster über die Beitrags-themen entschieden, meint Kähnner.

„Eine Zusammenarbeit und ein Austausch findet zwischen den Freien Radios schon seit langem statt, doch diese Form der redaktionellen Zusammenarbeit unterschiedlicher Radios ist neu“, freut sich Maike Dimar vom Nürnberger „Radio Z“ über das Projekt „Zusammenarbeit der Info- und Politikredaktionen freier Medien“, kurz „zip-fm“. Nachrichtensendungen waren innerhalb der basisdemokratischen und weitgehend ehrenamtlich organisierten Radioprojekte schon immer Sorgenkinder: Zu wenig Leute, hoher Stress, komplizierte Themen, zu wenig Zeit für Diskussionen,

unzureichende Infrastruktur. In den meisten Radios wurden sie deshalb nach kurzer Zeit wieder eingestellt oder laufen nur auf Sparflamme. „Obwohl wir bei uns eine bezahlte Koordinationsstelle für das Tages-Info eingerichtet haben, ist es uns in den vergangenen Jahren nicht gelungen, täglich eine aktuelle Nachrichtensendung auf die Beine zu stellen. Das wird von vielen innerhalb und außerhalb des Projektes als großes Manko empfunden“, berichtet Birgit Huber vom Freiburger Radio Dreyeckland. Mit dem „zip-fm“-Projekt habe man nun wieder eine täglich aktuelle Berichterstattung aus linker Sicht im Programm.

Das Prinzip ist einfach: Jeweils wechselnde Tageteams aus vier unterschiedlichen Freien Radios produzieren eine Handvoll Beiträge und stellen sie digitalisiert auf eine Plattform ins Internet (www.freieradios.net). Aus diesen Beiträgen wählt ein ebenfalls täglich wechselndes Koordinationsteam Beiträge aus und stellt daraus eine halbstündige Nachrichten-Sendung mit An- und Abmoderation zusammen. Diese Sendung kann von allen 31 Mitgliedern des Bundesverbands Freier Radios (BFR) abgerufen und gesendet werden. Technische und organisatorische Defizite der Zusammenarbeit wurden nach einer Probe-woche im Juli 2002 beseitigt.

Das Konzept der Austauschseite stammt von Felix Sperandio, der die Seite auch bis heute technisch betreut und weiterentwickelt. Pate stand dabei unter anderem die amerikanische Internetseite Radio4all.net, eine Audio-Datenbank, auf der verschiedene soziale Bewegungen Radiobeiträge veröffentlichen. „Ich habe selbst beim Freien Radio für Stuttgart in der Infoaktion mitgemacht; wir haben da noch Kassetten rumgeschickt, doch dann kam MP3, DSL und PHP, das machte alles viel einfacher“, sagt Sperandio.

Nun sei zip-fm eigentlich eine Rationalisierungsmaßnahme, wie Andreas Klug einräumt. Er selbst hat lange bei Radio Dreyeckland eine tägliche einstündige Infosendung gemacht hat. Doch für so etwas brauche man rund 20 ehrenamtliche Redakteure, und so habe es schließlich bei den freien Radios keine täglichen Nachrichten mehr gegeben. Synergien also, auch bei den ehemaligen Piratensendern, die angetreten waren eine „kritische Gegenöffentlichkeit“ zu schaffen.

Ihre innovativen Ansätze, etwa die Einbeziehung von Betroffenen und Hörern in die Sendungen, sind von den „bürgerlichen Radios“ vielfach aufgenommen worden, und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben schon vor mehreren Jahren ein „digitales Audiosystem“ zum Austausch von Korrespondentenberichten und Sendungen eingesetzt.

Bei den freien Radios sollen durch zip-fm allerdings keine Arbeitsplätze eingespart werden. Ziel sei es vielmehr, „mit den knappen personellen Ressourcen die

freie Radiolandschaft zu beleben“, erklärt Klug

Dem Sendestart des überregionalen Tages-Infos gingen lebhafte Debatten unter den BFR-Mitgliedern voraus. Kritiker sehen in dem bundesweiten Magazin einen Verlust regionaler Eigenständigkeit der lokalen Medienprojekte. Dies sei eine Kehrtwende in der bisherigen Linie des Bundesverbands. Doch „das Projekt ist dezentral organisiert, weil unterschiedliche Städte an ihm beteiligt sind und sich jedes einzelne Radio einbringen kann“, erklärt Birgit Huber. Außerdem könne ein Radio sich auch entscheiden, einen einzelnen Beitrag aus der Info-Sendung nicht auszustrahlen, wenn inhaltliche Bedenken bestünden. „Niemand ist gezwungen, die komplette Sendung zu übernehmen.“ Bei einer Sendezeit von 30 Minuten pro Info-Magazin bleibe den Initiativen noch genügend Zeit, auf ihren übrigen Sendeplätzen lokale Themen zu behandeln.

So will etwa „Radio Z“ das bundesweite Info in die bisherige einstündige Infoschiene „Stoffwechsel“ integrieren, in der weiterhin lokale Themen aus Nürnberg zu hören sein werden. Bei „Radio Flora“ in Hannover bekommt das Info-Magazin dagegen einen eigenständigen Sendeplatz.

Bei Spezialthemen wie den Protesten in Genua und München oder auch beim Castor-Transport sind die freien Radios so teilweise schneller und vor allem hintergründiger als die etablierten, sagen Kähnner und Liebler. Und ihre Internetseiten werden bei solchen Anlässen dementsprechend stark genutzt. Beim letzten Castor waren die Radios sogar mit einem eigenen Ü-Wagen vor Ort. Dort gibt es einen kompletten Schnittplatz und einen Computer. Über ein so genanntes Webtaxi können die neuesten Berichte live an die Radios gesendet werden.

Das Konzept hat also Erfolg. Deshalb soll zip-fm auch in diesem Jahr fortgesetzt werden. Projekte wie Onda, Radio Orange und Radio Corax aus Dresden haben schon ihre Mitarbeit angekündigt, so dass die Versorgung mit aktuellen Beiträgen verbessert werden kann. Und auch Radio Orange aus Wien möchte sich beteiligen, wenn es nach einem Regierungswechsel wieder mehr Geld bekommen sollte. Die ÖVP-FPÖ-Koalition von Jörg Haider hatte die öffentlichen Mittel für das unbedeute Radio stark gekürzt.

Martin Höxterman/hav

Buchvorstellung

Geopolitik – ein alter Hut?

„Das wovon ich reden will, ist das Zusammenwachsen derjenigen Staaten, die weder zum englisch-französischen Westbunde gehören noch zum russischen Rei-

che, vor allem aber ist es der Zusammenschluß des Deutschen Reiches mit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie“ – die Zentrale des kommenden Mitteleuropas. Zahlreiche kleinere Staaten „wollen und müssen erst mit eigenen Augen sehen, ob der Kern von Mitteleuropa sich bildet“. (Friedrich Naumann, Mitteleuropa) Naumann konnte 1915, als er diese Zeilen niederschrieb, nicht ahnen, dass 85 Jahre später ein deutscher Außenminister ganz ähnlich argumentieren würde, wenn auch unter einer erheblich veränderten Staatenkonstellation. So ist für Joschka Fischer nicht mehr Österreich der erste Partner bei der Bildung eines „Kerneuropas“, sondern Frankreich. Diese beiden Staaten, so Fischer im Mai 2000, sollten „Avantgarde“ und „Gravitationszentrum“ eines engeren Staatenbundes sein, dem nationale Souveränitätsrechte übertragen würden. Die politische Dominanz in diesem neuen Staatengebilde fiele aufgrund ihrer ökonomischen Stärke Deutschland und Frankreich zu, was Fischer natürlich nicht sagt.

Fatalerweise werden diese strategischen Planungen des deutschen Imperialismus in einer kritischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Umso erfreulicher sind daher zwei Neuerscheinungen zum Thema „Geopolitik“.

Raumpolitik, Großraumwirtschaft usw. sind aus dem Vokabular des „Dritten Reichs“ geläufig: Ein Volk müsse stets bestrebt sein, seinen Lebensraum zu erweitern, alles andere bedeute Regression und Untergang. Vor allem das deutsche Volk leide an einer Enge des eigenen Raums, wegen seiner Mittellage sei es von allen Seiten bedroht. Behoben werden sollte dieser status quo durch eine neue Staaten- und Außenwirtschaftsordnung nach einem zu gewinnenden Krieg. Das Deutsche Reich im Zentrum und in „konzentrischen Kreisen“ um es herum angeordnet abhängige Staaten, deren Ökonomien auf die deutschen Bedürfnisse zugeschnitten wären. Doch diese geopolitischen Konzeptionen stammen nicht erst aus dem Jahr 1933. Werner Köster untersucht ihre Entstehung und Ausbreitung anhand des Begriffs „Raum“. Seine Wandlung und Zuspitzung zu einer Metapher für deutsche Eroberungssehnsüchte und Gebietsansprüche und seine Implementierung als politischer Kampfbegriff war das Ergebnis erheblicher ideologischer und propagandistischer Anstrengungen von Geographen und Politikern, von „Völkerrechtler“ und Revanchisten nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg. Geopolitiker – wie der Kreis um Karl Haushofer – versuchten nachzuweisen, dass die imperialistischen Folgerungen aus ihrer Wissenschaft einem objektiv waltenden Raumgesetz entsprangen.

Als Sprachwissenschaftler untersucht Köster weniger die konkreten Ausprägungen geopolitischer Ideen oder die unterschiedlichen von nationalistischen

Verbänden und Interessengruppen, Wirtschaftswissenschaftlern und militaristischen Publizisten entworfenen Konzeptionen deutscher Vorherrschaft in Europa, sondern die „semantische Karriere eines deutschen Konzepts“, wie der Untertitel lautet. Die gesellschaftliche Debatte um „Raum“ erhielt eine besondere, weil einigende Funktion: So konnten „neben den militärischen und industriellen Eliten auch die traditionellen Bildungsschichten wie etwa die Lehrerschaft“ angesprochen und „die unterschiedlichsten konservativen Strömungen“ zusammengeführt werden. Die vorliegende linguistische Untersuchung erweitert das Wissen darum, wie sich derartige Ideologien entwickeln und diskursiv verbreiten. Nach 1945, so Köster, habe sich das Raumgerede mit der Einbindung der BRD in das westliche Staaten-system erledigt.

Das sieht der Herausgeber des Sammelbandes „Geopolitik“, der österreichische „Verein Kritische Geographie“, anders. Geopolitische Konzeptionen erlebten nach dem „Ende der bipolaren Weltordnung“ eine Renaissance. Die historische Perspektive ist bei der Kritik dieser Ideologie hilfreich. Natürlich wird die deutsche Entwicklung untersucht, hatten die hiesigen geopolitischen Phantasien doch die mörderischsten Konsequenzen. Allerdings beschränken sich die Artikel zu diesem Thema fast ganz auf die Zeit vor 1933. Im 19. Jahrhundert entstanden Vorstellungen wie die, dass Deutschland als wachsende Nation mehr Raum brauche, ja dies nachgerade ein Beweis fortgeschrittener kultureller Entwicklung sei: „Expansionstrieb, der die Grenzen bis an die Schranke der Möglichkeit vorrückt, ist Merkmal der höchsten Kultur.“ (So Friedrich Ratzel, der „Vater“ der Geopolitik.) Der „Raumnot“ war laut den Theorien dieser Geopolitiker mit Landnahme vornehmlich in Afrika zu begegnen.

Von Anfang an hatte Geopolitik ideo-logischen Charakter, sie bot sich als pseudowissenschaftliche Legitimation des deutschen Kolonialismus an. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg arbeitete der Geograph Robert Sieger für seine Nation in Kommissionen, die die neu zu ziehenden Staatsgrenzen Deutschlands und Österreichs festlegen sollten. Hier führte er die verschiedensten geographischen und demographischen Argumente an, damit die beiden Länder möglichst wenig Land einbüßten. Wenige Jahre später stand die Geographie erneut deutschen Expansionsbestrebungen zur Verfügung. Von den Geographen spielte insbesondere der bereits erwähnte Haushofer eine Rolle, der Deutschlands Landgier auf Osteuropa richten wollte. Auch ihn konnte die Politik gut gebrauchen.

Der Band „Geopolitik“ ist mit seinen vielen Aspekten erfrischend breit gefächert, dafür fehlt aber der rote Faden. Da gibt es z.B. einen Artikel von Gearóid Ó Tuathail, der die Globalisierung als Trend

zur Ablösung nationaler Souveränität durch eine „Weltgesellschaft“ analysiert und damit ähnliche Hypothesen wie Michael Hardt und Antonio Negri im derzeit viel diskutierten „Empire“ vertritt. Oder der überflüssige Beitrag Yves Lacoste, der meint, gegen den Front National müsse die französische Linke mehr Nationalbewusstsein stellen. Die Anmerkungen zur Europäischen Union zeichnen sich leider durch eine allzu unkritische Haltung aus.

Mit den aktuellen geopolitischen Debatten in der Fachgeographie befassen sich Georg Stöber und Herrmann Kreutzmann. Insbesondere greifen sie Samuel Huntingtons Kulturbegriff an. Der bringt es mit sich, „dass ‚Kultur‘ von jedem Handlungszusammenhang losgelöst ist, in der Form distinkter ‚Kulturen‘ eine eigenständige multiple Existenz führt ... Menschliches Handeln mit seinen Motivationen und Intentionen gerät dabei völlig aus dem Blick.“ Es entsteht eine neue Form des Rassismus, der primär nicht mehr biologistisch begründet wird, sondern Schranken zwischen „Rassen“ aufgrund differenter Kulturen ausmacht.

Aber nicht nur in diesen akademischen Debatten deutet sich eine wachsende Bedeutung geopolitischer Ideologeme an – ein FAZ-Kommentar vom 11.11. zum Transitstreit zwischen Rußland/Kaliningrad und der EU steht dafür beispielhaft. Zunächst wird der eigene Raum (EU) vom fremden (Rußland) abgegrenzt. Dann wird festgestellt, dass ein Teil des fremden Raumes (Kaliningrad) dem eigenen zugeschlagen werden sollte, weil er überhaupt nicht zu Rußland passe und ohne EU-Anbindung eine Bedrohung darstelle. Von „Königsberg“, dieser „sowjetischen Kriegsbeute“, könne Moskau „weniger denn je behaupten ..., hier sei zusammengewachsen, was zusammengehöre“. Nehme die demnächst erweiterte EU ein russisches Kaliningrad aber hin, könne „in der Union ein schwarzes Loch aus Armut und Kriminalität bedrohliche Anziehungskraft“ entwickeln. Dagegen helfe nur die „Integration Königsbergs“, der Weg führe ohnehin zu einer „quasi inländische(n) EU-Enklave“. Zum Visastreit um Kaliningrad ist der Beitrag Holger Kuhrs in der Broschüre „Grenzen auf für Deutschland?“ zu empfehlen.

F, Antifa-Nachrichten 1/2003

Werner Köster: Die Rede über den „Raum“.
Zur semantischen Karriere eines deutschen Konzepts, Synchron Wissenschaftsverlag der Autoren, Krottenmühl 2000. 250 Seiten, 27,60 Euro. ISBN 3-935025-06-8

Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte, Hg. vom Verein Kritische Geographie, Promedia Verlag, Wien 2001, ISBN 3-85371-167-7, br., 240 Seiten, 19,90 Euro.

•

17.-19. Januar, Göttingen: Ratschlag Attac-Deutschland über Perspektiven, Inhalte und Strategien der Attac-Bewegung. Thematisch sind vier Blöcke geplant: 1. Plenum: momentane ökonomische Rahmenbedingungen, Krieg und Globalisierung, GATS-Kampagne, Strategie, Kommunikation zwischen den Gruppen; 2. AGs: GATS, Krieg und Globalisierung, bundesweite AGs, Projekte 2003, Vernetzung, Aktionsgruppe, Regionentreffen; 3. Beschlüsse: Haushalts-Abstimmung 2003, Arbeitsschwerpunkte GATS und Frieden, Anträge aus den Gruppen; 4. Workshops. Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule.

18. Januar, Washington, USA: landesweite Antikriegs-Demonstration der US-Friedensbewegung

Mitte Januar, Berlin: Der Nationale Ethikrat plant zur Vorbereitung einer Bundestagsentscheidung eine *Empfehlung zum Thema Präimplantationsdiagnostik*

23.-Januar, Porto Alegre, Brasilien: Eine andere Welt – eine andere Bewegung. 3. Weltsozialforum, mit zahlreichen Konferenzen, Seminaren, Diskussionen, entlang folgender Achsen: Demokratische und nachhaltige Entwicklung, Prinzipien und Werte, Menschenrechte, Vielfalt und Gleichheit, Medien, Kultur und Gegen-Hegemonie, Politmacht, Zivilgesellschaft und Demokratie, Demokratische Weltordnung, Kampf gegen Krieg und für Frieden. Infos: porto2003.org weltsozialforum.org/2003/

2. Februar 2003: Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen

2. Februar, Fulda: Sitzung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

7.-9. Februar 2003, München: NATO-„Wehrkundetagung“ und Protestaktionen

15. Februar, Berlin: Bundesweite Großkundgebung der Friedensbewegung gegen den drohenden Irak-Krieg

21. / 22. Februar, Frankfurt: Flächentarifvertrag – Verbetrieb-

lichung & Vermarktlichung. Freitag 17.00-21.00 Uhr, Samstag 9.00-16.00 Uhr. Konferenz von WISSENTransfer in Zusammenarbeit mit dem Funktionsbereich Tarifpolitik der IG Metall. Es geht um eine der möglicherweise entscheidenden Weichenstellungen auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Herbst 2003. Themen und ReferentInnen (angefragt): Betriebsnahe Gewerkschaftspolitik gestern und heute (O. Negt, J. Bergmann); Differenzierung und Zweistufigkeit des Flächentarifvertrages (J. Peters); Tarifsysteme in Europa (T. Schulten); Podiumsdiskussion über ökonomische, arbeitspolitische, arbeitsrechtliche und gewerkschaftsstrategische Aspekte: K.G. Zinn (RWTH Aachen), D. Sauer (ISF-München), U. Zachert (HWP-HH), R. Bispinck (WSI) und H. Wagner (IGM-Vorstandsvorwaltung). Infos/Anmeldung: WISSENTransfer (Wissenschaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik, c/o Richard Detje, Lange Koppel 120, 22926 Ahrensburg, Tel. 0172/4347575, buero@wissentransfer.info, www.wissentransfer.info Büro WISSEN-Transfer

2. März 2003: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

28.-30. März, Frankfurt: IPPNW-Mitgliederversammlung, Frankfurter Bürgertreff Gutleut. Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166. E-Mail: ippnw@ippnw.de Internet: <http://www.ippnw.de>

No War on Iraq!

NEIN zum Krieg gegen den Irak

Aufruf der Friedensbewegung zum

15. Februar 2003

(...)

Die US-Regierung hält an ihren Plänen für einen groß angelegten Angriffskrieg gegen den Irak fest. Die Bundesregierung hat versprochen, sich nicht an diesem Krieg zu beteiligen. Die aktuellen Erklärungen und Handlungen lassen hingegen Zweifel daran aufkommen.

Wir sagen NEIN zu diesem Krieg!

Ein neuer Golfkrieg bringt der irakischen Bevölkerung, die unter dem Embargo bittere Not und Hunger leidet und durch das diktatorische Regime Saddam Husseins unterdrückt wird, noch mehr Elend, weitere Tausende Tote und die Zerstörung von Städten und Infrastruktur. Wir erklären uns solidarisch mit den Menschen im Irak in ihrem Widerstand gegen Krieg und Diktatur.

Der Krieg bedeutet einen weiteren Schritt zur Globalisierung der militärischen Gewalt und verschärft den permanenten Kriegszustand auf unserem Planeten. Er stellt einen weiteren Angriff der US-Regierung auf das Völkerrecht dar und besiegt die neue aggressive US-Strategie des „Präventivkrieges“.

Ganz offensichtlich geht es den Regierungen der USA und Großbritanniens dabei nicht um Menschenrechte und Demokratie, nicht primär um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder um angebliche irakische Massenvernichtungswaffen, sondern um politische und wirtschaftliche Interessen in einer der ölrreichsten Regionen der Erde.

Nur wenn jetzt der politische Druck auf die US-Regierung und ihre Verbündeten steigt, kann der Krieg gestoppt werden! Deshalb hat das Europäische Sozialforum in Florenz für den 15. Februar 2003 zu einem Aktionstag

gegen den Krieg aufgerufen, bei dem europaweit Millionen von Menschen demonstrieren werden. Wir fordern von der Bundesregierung alle politischen Mittel zu nutzen, um sich dem Krieg entgegen zu stellen. Wir fordern sie auf, ihrer Ablehnung des Krieges nun auch Taten folgen zu lassen und die Fuchs-Spürpanzer aus Kuwait sowie die Marineeinheiten aus der Golfregion abzu ziehen und den beteiligten Armeen Überflugrechte und Infrastruktur für den Krieg zu verweigern. Jegliche Unterstützung (z.B. AWACS) eines solchen Angriffskriegs verstößt gegen deutsches und internationales Recht.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf:

• Beteiligen Sie sich an den vielfältigen Aktionen überall im Land gegen den Krieg!

• Unterstützen Sie die Proteste gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz“ der Militärapolitiker und Rüstungsindustrie um den 8. Februar 2003!

Wir rufen auf:

Kommen Sie am 15. Februar zur bundesweiten Demonstration nach Berlin!